

Wöchentlich 70 Bl., monatlich 2.— M.  
Im voraus zahlbar. Postbezug 3.72 M.  
einzel. Bestellgeld. Anzeigenabnahme  
gemäß 5.30 M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentags  
zweimal, Samstags und Sonntags  
einmal die Abendausgaben für Berlin  
und im Handel mit dem Titel „Der  
Abend“, illustrierte Beilagen „Hoff  
und Welt“ und „Kinderfreund“ ferner  
„Unterhaltung und Willen“, „Frauen-  
stimme“, „Jugend“, „Bild in die  
Widerwelt“ und „Jugend-Vorwärts“.

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die einseitige Kompensations-  
80 Pfennig Restsumme 2.— Reichs-  
mark „Reine Angelegenheit“ des letzten  
festgedruckte Wort, jedes weitere Wort  
13 Pfennig. Einleitungsdruck des ersten  
Wort 15 Pfennig jedes weitere Wort  
10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben  
zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt  
Seite 60 Pfennig. Remissionszettel für  
Abkommen Jahr 40 Pfennig. Einleitungs-  
annahme im Hauptgeschäft. Einleitungs-  
druck 2 wochentags von 9½ bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3  
Telefon: Föndoll 292-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postcheckkonto: Berlin 37536 — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten  
und Beamten Kolonnen 65. Diskonto-Gesellschaft, Depotkassette Lindenstr. 3

## Notprogramm für die Arbeitslosen

### 300 000 Arbeitslose müssen vor der Aussteuerung geschützt werden.

Die Interpellation der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion über die Krisenfürsorge lenkt die Aufmerksamkeit auf eine gefährliche Entwicklung in unserem Arbeitslosenschutz. Es ist die Pflicht des Reichstages, vor seiner Auflösung dafür zu sorgen, daß nicht Hunderttausende von Arbeitslosen einem ungewissen Schicksal entgegengehen.

Die neuesten amtlichen Veröffentlichungen über die Zahl der arbeitssuchenden Personen und die Zahl der Unterstützungsempfänger zeigen wiederum ein erschreckendes Mißverhältnis. Von den 2 012 212 Arbeitssuchenden erhalten 486 552 Personen überhaupt keine Arbeitslosen- oder Krisenunterstützung. Es unterliegt keinem Zweifel, daß der größte Teil dieser Arbeitssuchenden auch arbeitslos ist. Wenn sie genügend versendet sind, wird sich die Wohlfahrtspflege ihrer annehmen. Das ist auf die Dauer ein ganz unhaltbarer Zustand.

Diese Situation erfordert eine ungeheure Verschärfung durch den am 31. März eintretenden Ablauf der Anordnung über Einführung der Krisenunterstützung für Arbeitslose. Nach den neuesten amtlichen Feststellungen würde das bedeuten, daß allein in der Krisenfürsorge

für 215 502 Hauptunterstützungsempfänger die Krisenunterstützung aufhört.

Über 90 Proz. dieser Unterstützungsempfänger sind, wie die Erhebung in der Krisenfürsorge vom 13. Juli u. A. zeigt, verheiratet. Im Grunde genommen würden also unzählige Familien mit Frau und Kindern einem übermenschlichen Elend ausgeliefert werden, wenn nichts geschieht.

Mit diesen Feststellungen ist jedoch der Anfang der von der Aussteuerung stehenden Unterstützungsempfänger keineswegs erschöpft. Wir haben bereits bei früherer Gelegenheit darauf hingewiesen, daß am 31. März auch der Schutz auf Grund der Uebergangsbestimmungen im Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung für die alten Unterstützungsempfänger abläuft. Vom 1. April ab kann also nur noch für 26 Wochen Arbeitslosenunterstützung gewährt werden. Durch das Aufheben des Uebergangsschutzes stehen also alle diejenigen Unterstützungsempfänger von Arbeitslosenunterstützung vor der

Aussteuerung, die diese länger wie 26 Wochen beziehen. Das sind nach den neuesten amtlichen Feststellungen insgesamt 67 306 Hauptunterstützungsempfänger. Auch von diesen gilt, daß es sich überwiegend um Familienernährer handelt.

Die Gesamtzahl der in der Arbeitslosen- wie in der Krisenunterstützung vor der Aussteuerung stehenden Hauptunterstützungsempfänger mit ihren Familien beträgt also insgesamt 282 808.

Ist es angesichts solcher Zahlen zuviel gesagt, wenn wir von einer gefährlichen Situation sprechen? Die sozialdemokratische Interpellation zeigt den Weg, der zur Abwendung dieser Gefahren gegangen werden muß.

Dreierlei fordert sie:

Sicherung des Fortbezugs der Unterstützung für die ganze Dauer der Arbeitslosigkeit.

Einbeziehung aller Berufsgruppen in die Krisenunterstützung, Gleichstellung der Krisenunterstützung mit der Arbeitslosenunterstützung.

Das kann nur erreicht werden, wenn die Anordnung über Einführung der Krisenunterstützung auf unbefristete Zeit verlängert und auf sämtliche Berufsgruppen ausgedehnt wird; außerdem ist die Verordnung über Krisenunterstützung dahin zu ändern, daß die Unterhaltungsätze der Arbeitslosenunterstützung übernommen werden, und die Vorschriften über die Höchstdauer dahin abgeändert werden, daß sie den Unterhaltungsanspruch für die ganze Dauer der Arbeitslosigkeit sichern. Die bloße Verlängerung der Anordnung über Einführung der Krisenunterstützung kann den hier gekennzeichneten Mangel nicht ausreichend beseitigen, weil eine Beibehaltung der gegenwärtigen Vorschriften über die Höchstdauer der Krisenunterstützung automatisch das Ausscheiden von vielen Zehntausenden von Hauptunterstützungsempfängern zur Folge hat.

Nach den Vorschriften des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung hat der Reichsarbeitsminister die Pflicht, in Zeiten andauernd besonders ungünstiger Arbeitsmarktlage die Gewährung der Arbeitslosenunterstützung als Krisenunterstützung zuzulassen. Diese Voraussetzungen liegen unzweifelhaft vor. Wie lange will der Reichsarbeitsminister mit der Durchführung der hier geforderten Maßnahmen noch warten?

## Der Klassenkampf im Zentrum.

### Stegerwalds Rede in Duisburg.

„Wir brauchen einen Frontalangriff der Arbeitnehmer in allen bürgerlichen Parteien.“

In diesem Ausruf gipfelt ein Leitartikel, mit dem der „Deutsche“, die Berliner Tageszeitung der christlichen Gewerkschaften, die Duisburger Rede Stegerwalds vom letzten Sonntag begleitet.

Zu diesem Kommentar liefert nun wieder Stegerwalds Rede selbst die nötige Erklärung. „Von den 40 Millionen Reichstagswählern“, sagte Stegerwald am Sonntag in Duisburg, „entfallen mindestens 26 Millionen auf Arbeiter und Angestellte, wovon nur etwa die Hälfte sozialistisch oder kommunistisch wählt.“

13 Millionen Arbeiter und Angestellte haben bisher bürgerlich gewählt. Wieder neuen Wahlen. Die bürgerlichen Parteien sind um ihre Arbeiter- und Angestelltenwähler besorgt. Sie fühlen in diesen Massen etwas, was sie beunruhigt, und dieses Etwas ist nichts geringeres: Allmählich erwacht auch bei den Arbeitern und Angestellten, die sich noch durch ihre nationale und christliche Denkweise an die bürgerlichen Parteien gebunden fühlen, das Klassenbewußtsein.

Ein Teil dieser Arbeiter und Angestellten beginnt schon zu überlegen, ob sie richtig handeln, wenn sie sich von ihren sozialistisch gesinnten Klassengenossen aus Gründen der Weltanschauung trennen lassen, während doch die Kapitalisten, die Unternehmer, unbeschadet der Unterschiede der Weltanschauung, einträchtig zusammenstehen.

Am stärksten ist das Zentrum durch diese Erscheinung beunruhigt. 40 bis 45 Prozent der Zentrumsstimmen, sagt Stegerwald, sind Arbeiter- und Angestelltenstimmen. Und er folgert daraus: „Die Zentrumspartei und der deutsche Katholizismus werden sozial sein oder sie werden nicht sein!“

Warum ist nun das soziale Zentrum mit seinen 40 bis 45 Prozent Arbeiter- und Angestelltenstimmen im Reichstag nicht mit der großen Arbeiter- und Angestelltenpartei, mit der Sozialdemokratie, zusammengegangen? Warum Bürgerblock? Stegerwald antwortet:

Nachdem in den letzten Jahren die Sozialdemokratie den Mut nicht aufgebracht, den Staatswagen in guten und bösen Tagen bergauf ziehen zu helfen, mußte die Rechte für die Staatsverantwortung herangezogen werden. Das ist mit Erfolg geschehen. Die deutsche Außenpolitik ist heute mit dem deutschen Volksbewußtsein tief verankert. Die Nationalisten Frankreichs sind weitgehend geistig entwaffnet, die Futuristen im Innern sind bedeutungslos, die Republik ist gesichert.

Mit welchem „Erfolg“ das geschehen ist, zeigt der Bankrott der Bürgerblockwirtschaft. Ist es aber richtig, daß sich die Sozialdemokratie verjagt hat? Nach Stegerwald sprach in Duisburg der preussische Koalitionsminister Hirtjes. Der gab Rechenschaftsbericht über die Arbeit in Preußen und sagte: „Ich will nicht prunken mit dem was erreicht worden ist, ich will nur zeigen, daß wir wenigstens nicht ganz umsonst gearbeitet haben.“ Ist diese Arbeit in Preußen nicht mit der Sozialdemokratie zusammen geleistet worden? Und war nicht das trübste Kapitel in der Geschichte des Freistaats Preußen die kurze Ära Stegerwalds?

Gegen Hirtjes war Stegerwald recht unfreundlich. Dagegen brachte er es fertig, Mussolini als den Mann zu preisen, der in Italien „das Wirtschaftsbewußtsein mit dem Volksbewußtsein verbunden“ habe. Herrlich! Etwas dunkel zwar, doch es klingt ganz wunderbar. Herr Stegerwald sollte sich von den italienischen Merkmalen ein Kolleg über Faschismus lassen.

Im Zusammenhang mit seiner Äußerung über Mussolini müssen folgende Sätze recht bedenklich stimmen:

Häher wie die Staatsform und das Regierungssystem steht die gesicherte Lebensmöglichkeit eines Volkes. Entweder die Demokratie beweist, daß sie dafür die Kraft aufbringt oder aber, sie wird gemogelt und für zu leicht befunden werden.

In einem Lande, in dem von 40 Millionen Wählern 26 Millionen Arbeiter und Angestellte sind, müssen die Arbeiter und Angestellten nur von ihren demokratischen Rechten den richtigen Gebrauch machen, dann werden sie schon ihr Leben und das des gesamten Volkes sichern! Warum sollen also die christlichen Arbeiter am Zusammengehen mit ihren sozialdemokratischen Klassengenossen gehindert werden? Etwa, damit sie sich Stegerwalds Komplimente für Mussolini anhören können?

Der „Deutsche“ feiert Duisburg als großen Erfolg. Kein

## Morgen Einigungsversuch.

### Eine Schlichterkammer im Metallkonflikt gebildet.

Der Vorsitzende des Schlichtungsausschusses für Groß-Berlin, Gewerberat Körner, hat die bereits am Freitag in Aussicht gestellte Bildung einer Schlichtungskammer veranlaßt, die Mittwoch vormittag um 10 Uhr zusammentritt und der als unparteiische Mitglieder außer Gewerberat Körner der frühere Reichswirtschaftsminister Reichstagsabgeordneter Robert Schmidt und der frühere Demobilisationskommissar und Wiederaufbauminister Dr. Köhler angehören.

Die Berliner Metallindustriellen und die Berliner Metallarbeiter werden je drei Vertreter in die Schlichtungskammer entsenden.

### Siemens sperrt weiter aus.

Etwa 800 Arbeiter des Wernerwerks der Siemenswerke, am Holzdam, wurden ausgesperrt. Die restlichen 100 Arbeiter verrichten Notstandsarbeiten; ferner wurden 205 Arbeiter des Blockwerks II der Siemenswerke am Rönnebamm ausgesperrt. Hier verblieben 21 Arbeiter in den Fabrikräumen zur Leistung der Notstandsarbeiten.

Der Metallarbeiterverband hat von weiteren Streikmaßnahmen zunächst abgesehen, außer von denen, die sich notwendig machen, um die Streikarbeit zu verhindern.

Die Vertrauenskommission des Verbandes Berliner Metallindustrieller hat im Hinblick auf die für Mittwoch anberaumten Einigungsverhandlungen im Reichsarbeitsministerium

beschlossen, am Donnerstag abermals zusammenzukommen, um dann auf Grund des vorliegenden Ergebnisses ihre Beschlüsse zu fassen.

Dieser Beschluß ist insofern bedeutungslos, als er die bestreikten Betriebe nicht bindet, einstweilen auf weitere Entlassungen von Arbeitern zu verzichten.

## Mussolinis „Papierfetzen“.

### Ein Urteil des „Quotidien“.

Paris, 5. März.

Zur Rede Mussolinis schreibt der „Quotidien“, man könne verstehen, welche lebhafteste Erregung in Wien und Berlin herrsche. Die gleiche Erregung müsse sich aber auf ganz Europa erstrecken, denn man müsse den Frieden so lange als gefährdet ansehen, als ein leitender Staatsmann in diesem Tone zu einem benachbarten Lande spreche. Besonders scharf verurteilt das Blatt die Auffassung Mussolinis, in der er es ablehnt, sich an Zusagen seiner Vorgänger in der Minderheitenfrage zu halten. Das Blatt schreibt, das wäre nichts anderes als die Theorie vom Papierfetzen.

die in ebenso scharfer Form dem Reichskanzler Bethmann Hollweg vorgelesen wurde. Es sei ein Irrtum, zu glauben, daß die Rede Mussolinis eine Provokation Österreichs bedeute, das zu schwach sei, um sie zu beantworten, und Deutschlands, das vollständig entwaffnet wäre. Die Rede Mussolinis sei in Wahrheit eine Provokation aller friedlichen Staaten der Welt. Wenn die Rechte der Minderheiten nicht durch die Großmächte beachtet würden, wer könne ihre Achtung von den Kleinstaatlen verlangen, und wenn die Kleinstaatlen diese Rechte verachten, wer würde nicht die ungeheure Gefahr für ganz Europa erkennen, das in so schlechter Weise von den Putschern der Verträge von 1919 aufgebaut wurde.



nächsten Denkender zweifelt daran, daß ein großer Teil der christlichen Arbeiter auch diesmal noch der Fahne Stogermaths folgen wird. Dennoch, es ist etwas im Werden: Das Erwachen der Arbeitnehmer im bürgerlichen Lager zum Klassenbewußtsein. Das stimmt uns hoffnungsfreudig — weit über die kommenden Wahlen hinaus.

## Nationale Offiziere.

### Die Pensionsempfänger der Republik schmähden die Reichsverfassung.

Kassel, 5. März. (Eigenbericht.)

In Kassel hält zurzeit der Nationalverband deutscher Offiziere seinen Reichsvertretertag ab. Etwa 150 Vertreter versammelten sich am Sonntag im Kleinen Kasinoaal, der mit der großen Reichs-Kriegsflagge geschmückt ist. Unter den versammelten Vertretern sind zu bemerken: der frühere Fürst von Waldeck, die Generale v. Below und v. Hülsen, Admiral Bödicker, ferner Landesoberpfarrer Müller. In der Eröffnungsansprache des Admirals v. Schröder begann die politische Hege. Der Redner kritisierte scharf die Außenpolitik Stresemanns. Die republikanische Staatsform habe sich als ungeeignet erwiesen. Ferner sagte Schröder:

„Der Nationalverband deutscher Offiziere soll sich seiner Aufgabe bewußt sein, den Geist der alten Wehrmacht in die nationalgefehrten Kreise hineinzutragen. Trotz, furchtlos und treu wollen der R. D. O. des Fahnenweibes gedenkend in die Zukunft schreiten.“

Die Ansprache klang in ein Beugengelächnis zum großdeutschen dritten Reich unter Führung eines deutschen Kaisers aus.

Natürlich konnte man auch an Wilhelm, den Defektor, nicht vorübergehen. Major v. Dena verlas ein Begrüßungsakram Wilhelm und teilte ferner mit, daß der Vorstand der Deutschkonservativen Partei, das Präsidium des Verbandes niederländischer Verbände und die Deutsche Vaterlandsgesellschaft Grüße übermitteln wollten.

Dr. Wildgrube-Dresden richtete schwere Beleidigungen gegen die Weimarer Verfassung, die sich als ohnmächtig erweisen hätte. Diese Verfassung, gegründet von einem jüdischen Berliner Stadtrat, habe es sich annehmend zum Zweck gemacht, die deutsche Geschichte auszulöschen. Bismarck habe mit seiner Verfassung dem Volke Vertrauen gewidmet, die Weimarer Verfassung sei die der heimtücklichen Wählermanipulation. Sie sei undeutsch und trage das Merkmal der Ruchlosigkeit. Der deutsche Vaterlandsgedanke liege abseits der Republik.

Diese und ähnliche Schmähungen gegen den Volksstaat nehmen sich besonders eigenartig aus bei Leuten, die von der Republik ihre „Wählerwochen“ Pensionen beziehen, um damit gegen die vom Volke gewollte Staatsform Propaganda zu treiben und gegen politische Andersgestimmte mit der übelsten Hege zu arbeiten.

## Landbundregie.

### Verpflichtungsschein zum Käuferstreik.

Die agrarische „Deutsche Tageszeitung“ veröffentlicht ein Schreiben aus Pommern, worin ein „geradezu katastrophales Absinken der pommerschen Kleinbetriebe“ daraus gefolgert wird, daß in einem hinterpommerschen Kreis mehrere Darlehensklassen davon Mitteilung machen, daß Bestellungen auf Dünger- und Futtermittel nur in einem sehr geringen Umfang oder gar nicht eingegangen seien.

Um dies voll würdigen zu können, muß man wissen, daß der Landbund überall im Reich, gewiß also auch in dem betreffenden hinterpommerschen Kreise, sich von seinen Mitgliedern einen Verpflichtungsschein zum Käuferstreik vor einiger Zeit hat unterschreiben lassen, der folgendermaßen beginnt:

„Der Unterzeichnete verpflichtet sich hiermit auf Ehre und Gewissen, falls von der Führung des Landbundes entsprechende Weisung herausgegeben werden sollte:

1. Sämtliche Einkäufe in landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten zu unterlassen.

2. Sämtliche Futtermittelaufkäufe soweit einzuschränken, wie das die Wirtschaft nur irgend zuläßt.

3. Kunstdüngereinkäufe auf Vorrat, und nach dem 1. Juni d. J. jegliche Kunstdüngereinkäufe zu unterlassen.“

Dann ist es wohl kein Wunder, wenn die Einkäufe für Futtermittel wie für Kunstdünger in der letzten Zeit nachgelassen haben. Mit einem „katastrophalen Absinken“ der Kleinbetriebe hat dies Randover aber wohl nicht allzuviel zu tun.

## Smetonas Kriegsgerichte.

### Die Rache für Lauröggen.

Romno, 5. März.

Nach nunmehr erfolgtem Abschluß der Unternehmung des Putzversuchs von Lauröggen werden sich 60 Personen vor dem Kriegsgericht zu verantworten haben. 50 Putzteilnehmer sind ins Ausland geschickt und werden fleißig verfolgt. Der Sozialdemokrat Moschajta, der den Putzversuch in Oltza geleitet haben soll, wurde schon im Oktober v. J. standrechtlich erschossen. In Mariampol sind mehrere Sozialdemokraten wegen staatsfeindlicher Umtriebe dem Kriegsgericht übergeben worden.

## Präsident Mayrisch tödlich verunglückt.

Eugenburg, 5. März. (Eigenbericht.)

Mayrisch, der Präsident der Internationalen Rohstoffgemeinschaft, Präsident des Deutsch-Französischen Verständigungsausschusses, ist heute fünf Uhr nachmittags bei einem Autounfall in Chalons-sur-Marne tödlich verunglückt.

Die kommunistische Partei Westfalens hat nach dem von der vorigen Bezirksleitung der KPD herausgegebenen Bericht im letzten Geschäftsjahr 1158 Mitglieder verloren. Da es sich hier um einen vorläufigen Bericht handelt, dürfte der tatsächliche Verlust noch wesentlich größer sein.

Es gibt mehr Freude im Kreis über einen teuren Sünder... Der bisherige Leiter der russischen Handelsvertretung in Frankreich, Piotrow, der wegen seiner Teilnahme an der Trojka-Opportunistenpolitik abgesetzt wurde, kehrt auf seinen Pariser Posten zurück. Er hat inzwischen seine „kerkerischen Anschauungen“ widerrufen und um Wiederaufnahme in die kommunistische Partei gebeten.

# Der „Seetransport“.

## Materialien zum schwarzen Etat des Reichsmarineamts.

Während der jüngst vergangenen Woche waren die Zeitungen voll von merkwürdigen Boeten und Begriffen, die im Zusammenhang mit der Beratung des Haushalts des Reichswirtschaftsministeriums zur Erweiterung kamen. Man sprach von der „Phosphoraffäre“, von dem „Saemisch-Bericht“, von „Bacon“, von „Traja“, „Kavis“, „Hanja“, „Caspar“, von „Berliner Bankverein“, von „Dwi“, „Severa“ und manchem anderen.

Eines wurde der Öffentlichkeit bei diesen Erörterungen zweifelhaft klar, daß hier das Deutsche Reich und damit die Steuerzahler um einige Duzend Millionen Mark ärmer wurden. Zum besseren Verständnis für die bevorstehende Erklärung des Reichstanzlers Marx über den schwarzen Etat des Reichsmarineamts seien heute einige zusammenfassende Angaben gemacht.

### Die Seetransportabteilung.

Die Seetransportabteilung erscheint im Haushalt des Reichswirtschaftsministeriums unter „D. Marine“ beim Kapitel „Marineleitung“ als Titel 7 mit der Bezeichnung „Einnahmen aus kaufmännisch eingerichteten Wirtschaftsbetrieben gemäß § 15 der Reichshaushaltsordnung“.

Mit dem § 15 der Reichshaushaltsordnung hat es die Bewandnis, daß nach ihm Reichsbetriebe, die mit Rücksicht auf ihren Wirtschaftszweck kaufmännisch eingerichtet sind, an Stelle einer getrennten Veranschlagung der Einnahmen und Ausgaben nur ihr voraussichtliches Endergebnis im Haushaltsplan auszuweisen brauchen.

Die Seetransportabteilung umfaßt offiziell den Betrieb von Transportschiffen, die Marine-Wachschiffe, die Marine-Wachschiffe in Küstingen und die Marine-Wachschiffe in Kiel.

Während die Marine-Wachschiffe und die Wachschiffe in Kiel-Wik im Haushaltsplan immer mit einigen Tausend Mark erscheinen, ging der Betrieb der Transportschiffe in Einnahme und Ausgabe — nach dem Etat des Reichsmarineamts! — immer Null zu Null aus.

Hinter jenen Nullen versteckt sich seit einer ganzen Reihe von Jahren ein ständig umfangreicher werdender äußerlich kaufmännischer Betrieb der Marine. Ursprünglich begann es mit dem sogenannten „Panac“-Berkehr (President Allied Naval Armistic Commission) — Präsident verbündeter Marine-Waffenstillstandskommission). Er ermöglichte die Wiederaufnahme der Zufuhr von Nahrungsmitteln, obwohl die Seesperre der Alliierten gegen Deutschland offiziell noch bestand. Dann fiel der Seetransportabteilung die Organisation des Kriegesgegenstandsaustausches über See zu, weiter die Bewirtschaftung der vielen Prisenchiffe. Alle diese Geschäfte leitete schon damals der Kapitän Bohmann.

Die Uberschüsse und Ersparnisse aus jenen Aufgaben der Seetransportabteilung wurden dem Reichsmarineamt und dem Reichswirtschaftsminister Dr. Gehler im Haushaltsplan nicht ausgewiesen und ebenso nicht genutzten Zwecken zugeführt. Die Zustöße zu diesem schwarzen Sonderetat des Reichsmarineamts wurden in der Zeit der Ruhrabwehr besonders groß. Damals erhielt die Seetransportabteilung aus einem Schlag zehn Millionen Mark, die sie sehr rasch in Devisen umzumandeln und damit als zehn Goldmillionen sicherzustellen vermochte.

Schon damals begann die Vera der Gründungen und Beteiligungen der Seetransportabteilung des Reichsmarine-

amts an den verschiedensten Aktiengesellschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung.

Die Seetransportabteilung jährlische Aktien-„Mantel“, mit anderen Worten Aktiengesellschaften, deren Geschäft anders ausfiel als ihr Zweck, deren Namen etwas anderes bedeutete als die ihnen gestellten Aufgaben. Weiter wurden aber auch Aktienmajoritäten erworben, um auf privatkapitalistischem Wege sich um kaufmännische und industrielle Angelegenheiten kümmern zu können, um einen „vaterländischen Propagandaapparat“ in die Hand zu bekommen, um Geldtransaktionen über eine eigene Bank zu leiten, kurz, um allerlei zu tun, wovon der Reichstag nichts wußte und darüber der Reichshaushalt nichts ausfragte.

Die Illegalität all dieser Transaktionen zwang zur weiteren illegalen Geldmittelbeschaffung, und diese schwarze Etatwirtschaft erzeugte wieder beispiellose Verschwendung. So wird heute ein weiterer Zusammenbruch aus dem Konzern des Reichsmarineamts bekannt. Die Caspar-Flugzeugwerke haben mehr als die Hälfte ihres Kapitals, das eine Million Mark beträgt, verloren. Die Mehrheit dieses Kapitals ist in den Händen der Travemünder Jagdhafen A.-G. („Traja“) gewesen. Sie ist dann an den Berliner Bankverein weitergegeben worden, dessen Aktienmehrheit wieder im Besitz der Seetransportabteilung ist. Das alles zusammen heißt mit einfachen Worten, daß das Deutsche Reich auch jenen Verlust in Höhe von einer halben Million Mark, soweit es nicht noch mehr wird, tragen muß.

### Der Saemisch-Bericht.

Der Präsident des Rechnungshofes, der Minister a. D. Saemisch, der auch Sportkommissar ist, hat Mitte vorigen Jahres von der Reichsregierung den Auftrag erhalten, die Gründungsgeschäfte der Seetransportabteilung zu untersuchen. Diese Untersuchung ist bis heute noch nicht endgültig abgeschlossen, es existiert aber ein immerhin schon ziemlich umfassender erster Bericht. Gegen die Veröffentlichung dieses Berichtes wird aus allen möglichen Gründen von der Reichsregierung Stellung genommen. Man spricht sogar von „vaterländischen Belangen“, die die Nichtveröffentlichung rasch erscheinen lassen. Dazu muß mit aller Deutlichkeit festgestellt werden, daß das Ausland über die Seetransportabteilung des Reichsmarineamts und die interessanten Zweige ihrer Tätigkeit längst orientiert ist, nach aller Wahrscheinlichkeit besser als die Öffentlichkeit bei uns. Daß diese Annahme richtig ist, geht auch daraus hervor, daß schon seit einigen Jahren in einem deutschen Jagdhafen ein Mann wegen Landesverrat sitzt, der seinerzeit über Seetransportabteilungsgeschäfte den Franzosen Mitteilungen gemacht hat.

Ansichts dieser Tatsache ist noch unserer Auffassung nach nur die Liquidation des schwarzen Etats des Reichsmarineamts notwendig, es muß auch die offene Stellungnahme des Reichstages und des Reichstanzlers Marx die Verlegung des Saemisch-Berichts an den Haushaltsausschuß des Reichstages verlangt werden.

### Konferenz beim Reichstanzler.

Aus Mittwoch nachmittag 5 Uhr wird Reichstanzler Marx den Vorsitzenden der Fraktionen und ihren Geschäftsführern vertrauliche Mitteilungen über die Phosphor-Affäre machen.

# Antwort auf Landbunddemagogie

## Der Kösliner Regierungspräsident warnt vor dem Spiel mit dem Feuer.

Am 3. März überreichten für die Kreisgruppe Köslin des Pommerschen Landbundes Gutsbesitzer D. Beglow, Streich, Fideikommissbesitzer von Gerlach, Porjow und Geschäftsführer Rühler dem Regierungspräsidenten im Anschluß an einen Demonstrationszug Entschuldigungen des Reichslandbundes und ihrer Kreisgruppe mit weitgehenden Forderungen zur ungehinderten Wiederherstellung der Rentabilität der Landwirtschaft, in denen sie sich für ihr Vorgehen auf „das völlige Versagen aller der staatlichen Organe, die berufen sind, den ersten Stand im Staate, die Landwirtschaft, zu schützen“, beriefen.

Regierungspräsident Dr. Cronau nahm die Entschuldigungen mit folgender Ansprache entgegen:

„Ich bedauere es auf das Lebhafteste, daß Sie und alle, die sich dazu hergegeben haben, gegen die preussische Staatsregierung den Vorwurf erheben, die Landwirtschaft in ihrer Not im Stich gelassen zu haben“. Diese Vorwürfe sind durchaus unbegründet und ich weise sie daher mit aller Entschiedenheit zurück. Ich habe in eingehenden Berichten die schwierigen Verhältnisse dargestellt, unter denen die Landwirtschaft leidet, und ich weiß, daß die preussische Regierung mit allen Mitteln bemüht ist, Abhilfe im Rahmen des Möglichen zu schaffen. Es muß Ihnen bekannt sein, wie ich mich gerade in den Eisenbahnfragen für die ostpommerschen Landwirte eingesetzt habe. Ich möchte mich kurz fassen: Nachdem mir soeben die Forderungen des Reichslandbundes und der Kreisgruppe Köslin überreicht worden sind, können Sie nicht erwarten, daß ich auf Einzelheiten Ihrer Entschlüsse heute eingehe. Die Entscheidung der Dinge, die in Ihrer Entschlüsselung behandelt werden, gehört zudem nicht zu meiner Zuständigkeit; sie liegt in Berlin. Ich kann Ihnen aber versichern, daß die preussische Regierung auf das Bewußtste unterrichtet ist über Ihre Schmerzen und die Notlage der Landwirtschaft in ihrem ganzen Ausmaß kennt und würdigt. Sie dürfen überzeugt sein, daß die preussische Regierung alles daransetzen wird, im Rahmen des Möglichen zu helfen und zwar so rasch es geht.

Bei dieser Gelegenheit darf ich pflichtgemäß nicht unterlassen, mit allem Nachdruck darauf hinzuweisen, daß die in der Presse und auch sonst in letzterer Zeit ausgetragenen mehr oder minder perfiden Drohungen mit Veranlassung geben,

mit allem Ernst davon zu warnen, mit dem Feuer zu spielen.

Die Führer der Bewegung weise ich feierlich auf ihre große Verantwortung und ihre vaterländische Pflicht hin, jeglicher Beunruhigung

der Bevölkerung mit allen Mitteln vorzubeugen und entgegenzuarbeiten, wie sich das in so schwerer Zeit gehört. Ihre Entschlüsselungen werde ich selbstverständlich der preussischen Regierung unverzüglich vorlegen.“

Zu diesem Vorfall bemerkt der Amtliche Preussische Pressedienst:

Die Demonstration des Landbundes im Kreise Köslin ist symptomatisch für das, was augenblicklich in den meisten agrarischen Landestellen Preußens vorgeht. Von allen Organisationen des Reichslandbundes wird mit völlig unsubstantiierten, auf rein demagogische Wirkung berechneten Forderungen eine Politik betrieben, die zur Auspeitschung der Geldbesitzer der landwirtschaftl. treibenden Bevölkerung führen muß. Der Reichslandbund weiß selbstverständlich sehr genau, daß die preussische Regierung für die Landwirtschaft alles nur Denkbare und im Rahmen ihrer Arbeitsmöglichkeiten Legende tut. Wenn er sich trotzdem mit seinen Anträgen und Forderungen nicht an die Stelle wendet, die dafür zuständig ist, nämlich an die Reichsregierung, und die preussische Regierung zum Sündenbock zu stampfen versucht, so beweist das nur, daß lediglich leicht durchsichtige parteipolitische Gründe — die Reichs- und Landtagswahlen stehen ja vor der Tür! — das Handeln des Reichslandbundes bestimmen.

### Strefemann? — Schafott!

Braunschweig, 5. März. (Eigenbericht.)

In einer Stahlhelmsversammlung in Hesse bei Braunschweig entwickelte der politische Leiter des Stahlhelms, Heinz Braunschweig, der im vergangenen Jahre unter dem Verdacht, an einem Fememord beteiligt zu sein, inhaftiert worden war, das neue Programm des Stahlhelms. Danach fordert der Stahlhelm die Einsetzung eines Diktators, der einem Oremium von drei Männern von Zeit zu Zeit Rechenschaft ablegen soll. Das Urteil dieser Männer könne nur drei Entscheidungen umfassen: entweder weiter regieren, Ausweisung oder Schafott. Als der Geschäftsführer des Reichsbanners für Braunschweig in der Aussprache an Heinz die Frage richtete, was er wohl mit dem Minister Strefemann machen würde, antwortete Heinz: Schafott.

Der Leiter der Stahlhelmsversammlung war übrigens ein aktiver Führer. Der Landesverbandsführer Schröder des Braunschweiger Stahlhelms ist Oberlehrer.



# Vorgehen gegen Ungarn.

Noch keine Einigung zwischen den Mächten. — Entsendung einer zivilen Untersuchungskommission.

W. Schw. Genf, 5. März. (Eigenbericht.)

Über den am meisten mit Explosivstoffen geladenen Gegenstand der Ratstagung, die

## Untersuchung gegen Ungarn.

wurde in den heutigen Vorbesprechungen eine Einigung noch nicht erzielt. Stresemann und Briand unterhielten sich zwar längere Zeit, ebenso Chamberlain und Scialoja, aber es ist zur Stunde noch nicht abzusehen, wie der Rat die Brüstierung durch Ungarn zurückweisen wird. Der Antrag der Kleinen Entente auf Entsendung einer Untersuchungskommission steht zwar auf der morgigen Tagesordnung, aber er wird zunächst in nichtöffentlicher Sitzung beraten. An sich steht das ausgearbeitete Untersuchungsverfahren die Entsendung einer Militärkommission an den Ort des Verfalls vor. Es ist aber nicht ausgeschlossen, daß man sich darauf einigt, in diesem Falle einer besonderen zivilen Kommission die Untersuchung anzuvertrauen. Die Stellung derjenigen nämlich, die ein scharfes Vorgehen gegen die Ungarn fordern, wie der Kleinen Entente, ist dadurch erschwert, daß der Waffenhandel, den sie Ungarn vorwerfen, ihnen selbst erlaubt ist. So wäre es wünschenswert, bei dieser Gelegenheit

### gegen den internationalen Waffenhandel im allgemeinen

vorzugehen. Andererseits erfordert es die Autorität des Völkerbundes unbedingt, daß Ungarn zur Rechenschaft gezogen wird. Wenn die deutsche Rechtspresse aber gegen diese selbstverständliche Aufgabe der internationalen Gemeinschaft aufbegehrt, dann gibt sie damit aller Welt die Vermutung an die Hand, daß Deutschland und die Reichswehr eine Untersuchung ablehnen, weil sie sie zu fürchten haben.

## Die erste Sitzung des Rates.

W. Schw. Genf, 5. März. (Eigenbericht.)

Der Rat begann unter Vorsitz des Kolombiers Verutla heute morgen eine umfangreiche Tagesordnung von 30 Punkten abzuwickeln. In vertraulicher Sitzung gab es einen Kampf um das Recht der Danziger Eisenbahnarbeiter und angestellten, den polnischen Staat vor Danziger Gerichten wegen ungerechtfertigter Entlassungen usw. zur Rechenschaft zu ziehen. Der Haager Schiedsgerichtshof hat jedoch zugunsten der Arbeiter entschieden. Das Gutachten lag dem Rat zur Annahme vor. Der Pole versuchte, die Beratung bis zur Junitagung zu verschieben, was ihm aber nicht gelang. Sie wird in einigen Tagen erledigt werden. (Inzwischen ist aber am Freitag, wie WIA aus Danzig meldet, zwischen der Danziger und der polnischen Regierung ein Abkommen paraphiert worden, wonach sich beide Teile verpflichten, das Haager Gutachten als maßgebend zu betrachten. Gemäß dieser Vereinbarung sollte der Rat ersucht werden, die Angelegenheit als erledigt anzusehen und von der Tagesordnung abzugehen. Sollte diese erfreuliche direkte Vereinbarung den Delegationen in Genf bis gestern unbekannt geblieben sein? Red. d. B.)

Nach diesem sozialen Kampf spielte in den Rat ein Verfassungskampf hinein. Die portugiesische Diktaturregierung hatte eine Sanierung nach dem Muster von Desterreich durch den Völkerbund beantragt. Jetzt haben die republikanischen Parteien Portugals dem Völkerbund geschrieben, sie würden eine dem Völkerbunde gewährte Hilfe nicht annehmen, sie nicht annehmen und sie nicht zurückzahlen. Darob entstand unter den Finanzmännern des Völkerbundes eine große Kafflosigkeit, und ein Ausschuss soll sehen, wie man dem englisch-französisch-belgischen Finanzkapital trotz dieses Einspruches das Geschäft ermöglichen kann.

## Schliche des Völkerrechtes.

W. Schw. Genf, 5. März. (Eigenbericht.)

Der Sicherheitsauschuss fabrizierte heute eine Reihe von Resolutionen, die die Gedanken des Seneser Protokolls zum Teil wieder aufnehmen, zum Teil wieder umlegen. Morgen wird die Sicherheitsstagung voraussichtlich zu Ende gehen. Es wird erst dann möglich sein, ein Urteil darüber abzugeben, ob die täglich achtstündige Komiteearbeit, zwei Wochen hindurch, irgendwie einen Fortschritt über das heute geltende Völkerrecht hinaus bietet.

In der Debatte empfand der Engländer Lord Cushead die Zwecklosigkeit, die darin liegt, daß England die Schiedspflicht für sich ablehnt, sie aber anderen Staaten empfiehlt. Er versuchte seine Regierung mit dem Argument weiszumachen, daß die Beziehungen seines Landes zu anderen Staaten so vielgestaltig seien, daß sie sich nicht über den einen Stamm des Schiedsgerichtsverfahrens scheren ließen. Er fand aber mit dieser These keinen Anklang.

Am Schluß der Sitzung wurde eine wichtige Frage geklärt. Der chinesische Vertreter erhob Einspruch gegen die Annahme eines allgemeinen Garantievertragsentwurfes, in dem es heißt, daß die Rechte eines Staates nur mit seiner Zustimmung geändert werden dürfen. Der Chinese ging von dem Gesichtspunkt aus, daß China von den seit 80 Jahren mit den imperialistischen Mächten geschlossenen ungeräten Handelsverträgen auch gegen deren Willen loskommen dürfe. Er vermutete, daß mit dieser Formulierung das Revisionsverfahren des Völkerbundes für überlebte Verträge ausgeschaltet werden sollte.

Nun aber enthält schon der deutsch-polnische Schiedsvertrag jenen Hinweis auf die Rechte der Staaten, die nur mit ihrer eigenen Zustimmung geändert werden dürfen. Der Präsident des Sicherheitsausschusses, der tschechische Außenminister Beneš, begriff sofort, daß die deutschen Vertreter nun dem Chinesen und damit aller Welt erklären würden, daß davon keine Rede sein könne, und daß das Revisionsverfahren unbehelligt von den Garantieverträgen erhalten bleiben würde. Er stellte das sofort selber fest, so daß sich damit eine deutsche Erklärung erübrigte. Damit ist auch die seinerzeit von dem Deutsch-nationalen, Freiherrn u. Freyherrn v. Boringhosen aufgestellte Behauptung widerlegt, daß die Verträge von Locarno auch eine friedliche Grenzrevision im Osten unmöglich gemacht hätten.

Die Kammerwahl in Frankreich ist endgültig auf den 22. April, die Stichwahlen sind auf den 29. April festgelegt.

Bromberg heißt jetzt amtlich polnisch Brdgoszcz. Die deutsch-sozialistische „Volkszeitung“ und auch ein deutsch-bürgerliches Blatt waren angeklagt worden, weil sie als Bohnort des Verantwortungsträger „Bromberg“ angegeben haben, sie sind aber in beiden Instanzen freigesprochen worden.

Eine Samojeden-Sowjetrepublik wird aufgetan; sie wird aus Teilen der Gouvernements Archangelsk, Ural und Tobolsk bestehen, also beiderseits der geographischen Grenze zwischen Europa und Asien liegen.

# Mehr Arbeiter!

Zentrumminister Girsiofer verlangt in Duisburg, daß das Zentrum mehr Arbeitervertreter in den Reichstag und in leitende Posten entsende.



Aber, bitte, nicht drängeln!

# Sozialistischer Fortschritt in Polen.

61 PPS-Mandate statt 44. — Pilsudskis Wahlerfolg.

Warschau, 5. März. (Eigenbericht.)

Das endgültige Wahlergebnis aus dem ganzen Lande liegt vor. Danach haben von den wichtigsten Listen erlangt:

Partei	Mandate
Regierungswahlblock Pilsudskis	111
Polnische Sozialistische Partei, die bekanntlich eine Wahlgemeinschaft mit den deutschen Sozialisten hat	51
Bauernpartei „Befreiung“, die auf dem sozialistischen Standpunkt und in der Opposition steht	30
Nationale Arbeiterpartei	8
Ukrainische Bauernpartei Selrok, rechte	5
Linke	4
Bauernpartei (regierungsfeindliche)	21
Kommunisten	7
Polnische	6
Widerheitsblock	46
Weißrussische Bromada (die bekanntlich in unerhöhter Weise von der Regierung terrorisiert wurde)	5
Verenigte katholisch-nationale Rechteparteien	58

Die übrigen Mandate verteilen sich auf kleinere Sozialisten. Die einzelnen Mandatslisten werden nach dem die prämiensartige Verteilung der Mandate der sogenannten Staatsliste, die den stärkeren Listen zugute kommt, eine Verstärkung erfahren. So dürfte die Regierungspartei 130 Abgeordnete im kommenden Parlament zählen. Die polnischen Sozialisten, die im alten Sejm 44 Sitze innehatten, werden nun 61 Mandate besitzen. Der Widerheitsblock dürfte sich auf 55 Mandate erhöhen.

Welchen Anteil an dem Wahlerfolg der polnischen Regierungslisten Terror der Behörden und willkürliche Kasseierung oppositioneller Kandidaturen samt den darauf entfallenen Stimmen hat, das wird zahlenmäßig kaum jemals genau festgestellt werden. Die Regierung Pilsudski wird dem Parlament eine strenge Wahlprüfung gar nicht gestatten. Allein, wie groß der Wahlschwindel auch war — mit ihm allein hätte die Regierung nicht diesen großen Erfolg erlangen können. Was ist der Grund?

Das Regierungslager bezeichnete als sein Ziel die Zusammenarbeit mit der Regierung zur Sanierung Polens. Da das Regime Pilsudski unfehlbar gegen die tief eingefressene und weitverbreitete Korruption energisch vorzugehen begonnen hat, ist es begreiflich, daß breite Massen Vertrauen in diesen Kurs setzen, zumal ihm der Nationalheld, der Vorkämpfer der nationalen Wiedergeburt Namen und Führung gibt. Wenn der unfehlbar antiparlamentarische Charakter dieser Regierung nicht stärkere Aufsehung hervorgerufen hat, zu der das gefährliche Mittel des Stimmschneidens zur Verfügung stand, so beweist dies wohl, daß das Parlament nicht besonders tiefe Wurzeln im Volk geschlagen hat; nicht sehr erstaunlich bei Wählern, die allesamt in ganz oder halbabsolutistischer Zeit aufgewachsen sind und denen die junge Demokratie der Republik Polen durch Präsidentenmord, Parteiverbote und Pilsudski-Putsch nicht gerade geheiligt worden ist; noch gar nicht zu reden von den Widerheitsblöcken, denen die Versprechungen der Verfassung nicht erfüllt wurden, die freilich auf der anderen Seite im Parlament ihre einzige freie Tribüne sahen. Der Wert dieser Tribüne verringerte sich aber in dem Maße, wie das Parlament willkürlich verlagert und geschlossen wurde.

Die schwere Niederlage der Rechten, der Nationaldemokraten, Nationalen Arbeiterpartei, Merkmalen usw. ist ein höchst erfreuliches Zeichen für die Abkehr vom Uebernationalismus und den Willen zur Verständigung mit den Nachbarstaaten. Soviel auch vom Standpunkt der Demokratie gegen das Regime Pilsudski einzuwenden ist — man darf es aber nicht etwa als faschistisch ansehen — so unzweifelhaft hat dieses Regime außenpolitisch Frieden und Verständigung gesucht und gefördert. Sein Vernichtungskampf gegen die Rechte, wenn auch nicht von außenpolitischen Gründen bestimmt, wirkt in derselben Richtung.

Der Charakter der Sejmwahl als eines Sieges über den extremen Nationalismus wird besonders unterstrichen durch den Wahlerfolg der Sozialdemo-

kratie. Noch ist zwar nicht bekannt, ob ein Mandatgewinn der Sozialisten eintritt und wie groß er ist, aber die Teilergebnisse zeigen überall Steigerung der sozialistischen Stimmenzahl — in einem Wahlkampf, wo schon Behauptung des Bestandes ein großer Erfolg wäre.

## Der Mandatgewinn der Sozialisten.

Warschau, 5. März. (Eigenbericht.)

Der Verlust von zwei sozialistischen Mandaten in Warschau, der lediglich auf ungeschickte Politik der lokalen Parteistanzen zurückzuführen ist, und die Einbuße einiger anderer Mandate konnte in anderen Wahlkreisen nicht nur ausgeglichen werden, sondern fällt angesichts des großen Erfolges der Sozialisten in der Provinz nicht ins Gewicht. Die Polnische Sozialistische Partei hat in einer Anzahl Bezirke ihre Mandatzahl von 34 bei den Parlamentswahlen im Jahre 1922 auf 51 steigern können. Da ihr außerdem noch mehrere Mandate auf der Staatsliste sicher sind, dürfte sich ihr Bestandsstand von 44 Abgeordneten im alten Sejm auf 61 erhöhen.

Das Vorzeichen von der kommunistischen Gefahr, mit dem die Regierung ihre Unterdrückungsmaßnahmen gegen die kommunistische Partei begründet, hat sich als haltlos erwiesen. Es ist mit 100 bis 110 Mandaten für die Regierungsliste zu rechnen. Dieses Ergebnis hält der ehemalige Senator Koskowiński, der im „Kurjer Warszawski“ das Wahlergebnis bespricht, für nicht sehr günstig; wenn man es mit der überaus scharfen Wahlagitation der Regierung vergleiche, mit den Mitteln, die ihr zur Verfügung standen und die sie auch in vollem Umfang ausgenutzt hat, hätte sie einen weit größeren Sieg erlangen müssen. Um so größere Beachtung verdienen daher das Anwachsen der sozialistischen Stimmen; die Arbeiter hätten sich durch die Wahlmethoden der Regierung nicht verwirren lassen. Sie haben geschlossen für die Sozialisten gestimmt, während die Rechte um die Hälfte geschwächt hervorgeht.

## Der Erfolg der Deutschen.

Warschau, 5. März.

Die Deutschen haben bei der Sejmwahl einen großen Erfolg errungen. In Pommern und Polen steigt die deutsche Vertretung von drei auf sieben Mandate (davon ein sozialistisches in Bromberg). In Ostoberschlesien und in dem ehemals österreichisch-schlesischen Teilgebiet behaupteten sie nicht nur ihre fünf Mandate (zwei Kattowitz, zwei Königshütte und eins Teschen-Plesch), sondern gewinnen noch ein sechstes in Teschen-Plesch. Es erhöht sich somit die deutsche Vertretung in Polnisch-Schlesien von acht auf dreizehn Mandate.

In Kongresspolen scheint sicher, daß die Deutschen in Warschau ein Mandat und ein zweites im Landbezirk Lodz behaupten werden. Hingegen ist das deutsch-bürgerliche Mandat im Stadtkreis Lodz durch den Anschluß der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei an die polnische Sozialdemokratie verlorengegangen. Dafür wurde auf der polnisch-sozialistischen Liste der Stadt Lodz ein Deutscher (Kronig) gewählt. Auf der Staatsliste sind den Deutschen vorläufig zwei Mandate sicher; ob noch weitere hinzukommen, wird zum großen Teil von dem Erfolg des Widerheitsblocks im Osten, in der Ukraine und Weißrußland abhängen.

In Polnisch-Oberschlesien hat die deutsche Minderheit nach dem bisher vorliegenden Ergebnis 171284 gegen 100570 Stimmen im Jahre 1922 aufgebracht. Damit wurden sechs Mandate gegenüber sieben des Regierungsblocks, drei der Korfanin-Partei und eins der Sozialisten besetzt.

Auch in Galizien ist ein Deutschbürgerlicher gewählt, nämlich der in Bromberg anläßliche Oberlehrer Ferdinand Lang, der aus Galizien gebürtig ist, in Lemberg.

## Dolzeiterror.

Noch am Vorabend der Wahl wütete der Terror der Behörden selbst in Warschau, wie erst in der Provinz, vor allem gegen die Sozialisten, deren Wahlversammlungen verboten und deren Agitatoren zu einem großen Teil verhaftet wurden. In Bialostok wurden 13 Arbeiter festgenommen, weil sie Flugblätter gegen die Regierungspartei verbreiteten. In Vinsz wurde die Wählerschaft von der Postzeit gezwungen für die Regierungsliste zu stimmen.



# Das Risiko des Kollidlers.

## Ist er haftbar für Diebstahl?

Die Spediteure glauben, diese Frage bejahen zu dürfen. Sie machen die Kollidler und Mitfahrer für Kollidierliche. Die während der Bestellfahrt begangenen, verantwortlich und treiben die durch Diebstahl entstandenen Verluste durch meist recht erhebliche Abzüge vom Lohn der Kollidler und Mitfahrer ein. Der Verkehrsband, der sich seit Jahr und Tag gegen diese rigorose Praxis der Unternehmer wehrt, hat jetzt einen Einzelfall zum Anlass genommen, um die Streitfrage durch das Arbeitsgericht entscheiden zu lassen.

Es handelt sich um einen bei der Speditionsfirma „Transporthorizont“ beschäftigten Kollidler und seinen Mitfahrer, von deren Wagen ein Stückgut im Werte von mehreren hundert Mark gestohlen wurde. Der Klageantrag fordert, das Gericht möge feststellen, daß die Kläger nicht zum Schadenerfolg verpflichtet sind.

Aus der sehr gründlichen Beweisaufnahme ergab sich, daß nach der Anordnung des Unternehmers der Wagen nie ohne Aufsicht sein darf, daß sich also der Kollidler und der Mitfahrer nicht gleichzeitig zum Zwecke des Abtragens der Güter vom Wagen entfernen dürfen. Nun gibt es aber nicht selten Stücke, die so groß und so schwer sind, daß sie ein Mann allein nicht transportieren kann. Da müssen dann beide zugreifen, und der Wagen bleibt für kurze Zeit ohne Aufsicht.

Der Unternehmer sagt zwar, in solchem Falle soll der Kollidler den Empfänger ersuchen, den Wagen beaufsichtigen zu lassen. Aber die Kollidler wissen aus Erfahrung, daß dies nicht geschieht. Ein anderer Grund, der Kollidler und Mitfahrer oft nötigt, sich gleichzeitig mit dem Abtragen zu beschäftigen, ist die Überlastung mit Arbeit. Oft wird dem Kollidler eine so große Anzahl von Bestellungen aufgegeben, daß sie, wenn immer ein Mann beim Wagen bleiben soll, beim besten Willen nicht in einem Tage erledigt werden können.

Aber mit unerledigten Aufträgen darf der Kollidler auch nicht zurückkehren, denn sonst hat er keine Entlastung zu befürchten. Kollidler und Mitfahrer müssen beide abtragen, und

so sehr sie sich auch bemühen, das Fernbleiben vom Wagen auf einige Minuten abzukürzen, so kann doch ein gewandter Kollidier solchen Augenblick zu einem Raubzuge benutzen. Die Diebstahlsfälle sind in jedem Falle der Kollidler und sein Mitfahrer. Uebrigens wurde durch das Zeugnis des Betriebsratsvorsitzenden festgestellt, daß Kollidler, denen eine übergroße Fuhre ausgeladen wurde, um die Stellung eines zweiten Mitfahrers ersuchten. Aber in solchen Fällen erteilte der Betriebsleiter eine Antwort, aus denen der Kollidler entnehmen mußte, man erwarte, daß er die Arbeit mit einem Mitfahrer erledige. Aus alledem war ersichtlich, daß dem Kollidler in der Regel keine Schuld trifft, wenn ein Diebstahl vorkommt, sondern daß das nur die Schuld des Unternehmers ist, der die Kollidler und Mitfahrer so mit Arbeit überlastet, daß nicht immer ein Mann beim Wagen bleiben kann.

Das Gericht unter dem Vorsitz des Richters Dr. Regensburger kam aber zu einer anderen Auffassung. Es wies die Kläger ab mit der Begründung: Arbeitnehmer und Arbeitgeber haben dafür zu sorgen, daß sich Kollidler und Mitfahrer nicht gleichzeitig vom Wagen entfernen. Einer von ihnen muß beim Wagen oder in Sicht desselben bleiben, so daß er im Notfall in ganz kurzer Zeit wieder beim Wagen sein kann. Verstößt der Arbeiter gegen diese Verpflichtung, so ist er im Falle eines Diebstahls ersatzpflichtig. Der Arbeitgeber darf den Arbeitern keine Bewürde deshalb machen, wenn sie die Arbeit nicht schaffen können, weil sie sich nicht gleichzeitig vom Wagen entfernen dürfen. Tut das aber der Arbeitgeber, dann hat er den Schaden zu tragen.

Im vorliegenden Falle konnte nicht völlig geklärt werden, auf welcher Seite die Schuld liegt. Deshalb können die Kläger nicht für den vollen, sondern höchstens für die Hälfte des Schadens in Anspruch genommen werden. Von den Gerichtskosten haben beide Parteien je die Hälfte zu tragen.

Die Kläger, vertreten durch den Verkehrsband, werden sich mit diesem „Halb-und-Halb“-Urteil nicht begnügen, sondern die Entscheidung des Landesarbeitsgerichts anrufen.

## Lohnforderungen der Gemeindearbeiter Solidaritätskundgebung im Kampfe der Werkzeugmacher.

Die Funktionäre der Berliner Gemeindebetriebe, der Städtischen Werke und der Gasbetriebsgesellschaft beschäftigten sich gestern Abend in einer stark besuchten Versammlung im Gewerkschaftshaus mit dem Ablauf der Lohnarbeit am 31. März. In diesem Tage laufen im Bereiche der Ortsverwaltung des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter für etwa 40 000 bis 41 000 Arbeiter und Arbeiterinnen die Lohnarbeit ab, wobei die Arbeiter in den städtischen Verkehrsbetrieben noch nicht mit eingerechnet sind.

Der Bevollmächtigte, Genosse Polenste, gab den Funktionären zunächst die Anträge bekannt, die aus den einzelnen Betrieben an die Ortsverwaltung gestellt worden sind und in denen neben einer Reihe anderer Verbesserungen Lohnhöhungen bis zu 20 Pf. pro Stunde gefordert werden. Die Tarifkommission hat alle diese Anträge einstimmig geprüft und beschlossen, der Funktionärenkonferenz zu empfehlen, für alle Arbeiter und Arbeiterinnen der städtischen Betriebe und Werke eine Erhöhung der Löhne um 15 Pf. pro Stunde zu fordern.

Für die Kammerearbeiter soll die Herabsetzung der Altersgrenze für Kollidler von 24 auf 20 Jahre gefordert werden analog den Bestimmungen für städtische Angestellte und eine Umbenennung der Lohngruppen. Die Vorschläge der Tarifkommission der Ortsverwaltung fanden, von einer einzigen Ausnahme abgesehen, die Zustimmung aller Diskussionsredner.

Die Versammlung brachte ihr Einverständnis mit den Vorschlägen dadurch zum Ausdruck, daß sie diese fast einstimmig billigten. Zum Schluß wurde von der Versammlung noch einstimmig eine Sympathieerklärung für die streikenden Werkzeugmacher und die ausgesperrten Metallarbeiter angenommen.

## Lohnbewegung der Wachangestellten.

Die Berliner Wachangestellten sind in einer Lohnbewegung. Seit Juli 1927 sind ihre Löhne unverändert geblieben. Obwohl die Dienstleistung nicht leicht ist, sträuben sich die Wachunternehmer, die Löhne den wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechend zu erhöhen. Die Wochenlöhne betragen 35 bzw. 41 Mark. Es werden nur Leute in den besten Lebensjahren beschäftigt. Leider gibt es in Berlin eine Reihe von Unternehmen, die nicht einmal die tarifmäßigen Löhne zahlen. Das Konzeptionsgesetz und besonders die preußischen Ausführungsbestimmungen werden hoffentlich hierin Remedur schaffen.

In Berlin sind die Unternehmer im Kölner Verband und im Reichsverband für das Bewachungsgewerbe organisiert. Herr Kamradt, der Geschäftsführer des Reichsverbandes, behauptet, daß die hinter seinem Verband stehenden Unternehmen über 600 Leute beschäftigen, während die Gegenseite nur 380 beschäftigt. Das Gegenstück trifft zu, denn allein bei der Aktiengesellschaft für Eigentumschutz, Mitglied des Kölner Verbandes, werden über 600 Wachangestellte beschäftigt.

Diese Feststellung ist notwendig, weil Kamradt, selber Inhaber eines nicht tariflich geregelten Wachinstitutes, sich in der Verbandszeitung zum Führer der Tarifgegner und Lohnbrüder aufgeschwungen hat.

Nun, die Wächter werden sich dadurch nicht beirren lassen, den Kampf um höhere Löhne aufzunehmen. Sie werden sich auch diejenigen Wachgesellschaften etwas näher ansehen, die sich vom Arbeitsgericht verurteilen lassen, in der vorsorglichen Sicherheit, daß jede Zwangsvollstreckung bei ihnen fruchtlos ist.

Rotwendig bleibt, daß auch die Arbeiterschaft im allgemeinen sich um die Wachangestellten kümmert. Es sind eine Reihe von Berufsorganisationen, die in allen diesen notwendigen Fragen mit der Berufsorganisation, dem Deutschen Verkehrsband, in Verbindung stehen.

Es muß versucht werden, alle Betriebe in der Bewachungsbranche, die sich nicht nach dem Tarifvertrag richten, auszumerken. Aber auch dem unorganisierten Teil der Berliner Wächterschaft muß gesagt werden, daß sie sich ungefähr ihrer Organisation anschließen

müssen. Nur bei geschlossener Front ist es möglich, die Lohnbewegungen mit Erfolg durchzuführen. Anfragen sind zu richten an die Sektion VII des Deutschen Verkehrsbandes, B. 30, Bayreuther Str. 31.

## Lohnkampf in der Röhrenbranche.

In der Röhrenbranche ist das Lohnabkommen zum 31. März gefährdet. Gefordert wird in der Hauptsache, die Mindestlöhne für Schläfen, Zuschneider, Bügler und Dämpfer auf 1,10 M., für Stepperinnen und Handnäherinnen auf 75 Pf. zu erhöhen und die Akkordsätze um 25 Proz.

Der Kampf wird bei der Einstellung der Unternehmer hart werden. Deshalb ergeht in letzter Stunde der Ruf an alle in der Röhrenbranche beschäftigten, der Organisation noch fernstehenden Kolleginnen und Kollegen, dem Deutschen Betriebsarbeiterverband, Sebastianstr. 37/38, beizutreten.

Auch an die politisch und gewerkschaftlich organisierten Genossinnen und Genossen ergeht der Appell, dafür zu sorgen, daß sich ihre in der Röhrenbranche beschäftigten Angehörigen unserer Organisation anschließen.

Deutscher Betriebsarbeiterverband, Filiale Berlin, Sebastianstr. 37/38.

## Der Reparationsagent meldet sich.

Zu dem mit dieser Ueberschrift in der Sonntagsnummer des „Vorwärts“ erschienenen Artikel wird amtlich erklärt, daß ein Vertreter des Reparationsagenten vor längerer Zeit bei der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung gewesen sei, um sich statistisches Material über die Auswirkungen des neuen Arbeitslosenversicherungsgesetzes, wahrscheinlich für den Halbjahresbericht, zu beschaffen. Richtig richtig ist, daß der Reparationsagent bei der Reichsanstalt infolge der großagrarischen Hege gegen die Arbeitslosenversicherung vorstellig geworden ist.

## Berliner Personenschifffahrt.

Unter Berufung auf die Notiz des Zentralverbandes der Maschinenisten und Heizer in Nr. 85, daß nur mit der Reederei Robert Ried ein Tarifvertrag abgeschlossen sei, erjudt uns die Reederei Langwaldt u. Schmolke mitzuteilen, daß auch sie einen Tarifvertrag abgeschlossen, diesen allerdings am 11. November 1927 gefündigt, der Vertrag aber noch bis zum 30. April Geltung habe.

Wir berichten also unsere Notiz dahin, daß die Reederei Langwaldt u. Schmolke wohl einen Tarifvertrag abgeschlossen hat, ihn aber nicht einhält. Die Reederei Langwaldt u. Schmolke hat zwar, als sie schließlich wegen ihres Tarifbruchs vor dem Arbeitsgericht verklagt wurde, den Tarif gefündigt, bis heute aber nichts getan, um einen neuen Tarif abzuschließen. Insbesondere hat sie sich zu dem Vertragsentwurf nicht geäußert, der ihr unterm 25. Februar 1928 zuzug. Mit anderen Firmen schweben darüber Verhandlungen, die teilweise nur dem Abschluß stehen. Wir empfehlen der Firma also, da sie offenbar Wert darauf legt, als tariffreie Firma zu gelten, 1. den Tarif einzubalten, 2. einen neuen Tarif abzuschließen — und zu halten.

## Kongress der Berufsstraffahrer.

Die Berufsstraffahrer, deren berufliche und wirtschaftliche Interessen im Deutschen Verkehrsband, Abt. Reichsverband der Berufsstraffahrer, vertreten werden, halten am 9. und 10. März, anlässlich der internationalen Automobilausstellung in Leipzig, ihre 7. Reichskonferenz in Leipzig ab. Die Tagesordnung sieht außer dem Geschäftsbericht des Verbandsvorstandes, in dem die Lohn- und Arbeitsverhältnisse mit behandelt werden, zwei für diese Berufsgruppe interessante Vorträge vor: 1. über die Zunahme der Berufsstraffahrer im Kraftfahrzeugverkehr und ihre Vertüchtigung, 2. deutsche und internationale Gesetzgebung für den Kraftverkehr.

Zur Beratung der Gegenstände sind beim Verbandsvorstand bereits an 200 Anträge eingereicht. Die Konferenz wird von ca. 80 Delegierten aus dem ganzen Reich besucht werden. Außer den Delegierten nimmt der gesamte Vorstand, sowie die Gauleiter und eine große Zahl in- und ausländischer Gäste an diesem wichtigen Kongress teil.

## NA-Ausschussmitglieder Berliner Krankenkassen?

Am der für Freitag, den 9. März, 10 1/2 Uhr, nach dem großen Saal des Gewerkschaftshauses, Engelauer 24/25, einberufenen wichtigen Zusammenkunft der Ausschussmitglieder der Krankenkassen müssen sich die NA-Kollegen, die dort beschäftigt sind, restlos beteiligen. Unsere Unterschrift ist in der Einladung verhehentlich fortgelassen.

Allgemeiner freier Angestelltenbund, Ortskartell Berlin, Flatau, Petersdorf.

## Abschluß bei den Nahrungsmittelarbeitern.

Die Berliner Ortsverwaltung des Nahrungs- und Genussmittelarbeiterverbandes hat in der Generalversammlung am Sonntag den Mitgliedern zum letzten Male Rechenschaft abgelegt über ihre Tätigkeit im Vorjahre. Am 1. April verschmelzen sich die Berufsorganisationen der Bäcker, Brauer und Fleischer zu der großen Industrieorganisation der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter, in dem dann jede der bisherigen Berufsorganisationen eine Sektion bildet.

Der Geschäfts- und Kassenbericht für das Jahr 1927 lag gedruckt vor und wurde vom Bevollmächtigten, Genossen Schumann, und dem Kassierer, Genossen Barth, in seinen wichtigsten Punkten erläutert. Die Berichte über die einzelnen Branchen lassen erkennen, welche Fülle von Arbeit geleistet worden ist, um die kulturelle und materielle Lage der Mitglieder zu verbessern. Für die Bäcker konnte der seit Ende 1926 bestehende tariflose Zustand beseitigt und zugleich eine nennenswerte Lohnerhöhung durchgesetzt werden. Ein jäher Kleinriegel mußte auch gegen die Angriffe der Bäckermeister auf den 21. September geföhrt werden, der aber überaus von Erfolg gekrönt war. Nicht möglich war es der Organisation, bei den zuständigen Behörden eine Verlegung des Arbeitsnachweises durchzusetzen, der sich in einem geradezu standstillen Zustande befindet. Ueber die Konditionenbranche und die Sektion der Süßwarenarbeiter wird berichtet, daß hier zum Teil noch größere Schwierigkeiten zu überwinden waren als in der Sektion der Bäcker, um die Unternehmer zu Zugeständnissen zu zwingen.

In der Mitgliederbewegung ist die Fluktuation leider immer noch sehr groß. 1658 im Laufe des Berichtsjahres neu aufgenommen und sonstwie zugewonnenen Mitgliedern steht ein Abgang von 1565 Mitgliedern gegenüber, so daß der reine Mitgliedererwerb 93 beträgt. Dabei ist allerdings zu beachten, daß pro Mitglied im Jahresdurchschnitt 47,27 Beiträge gezahlt wurden. Die Lokalkasse erhöhte ihren Bestand im Laufe des Berichtsjahres von 13 326 Mark auf 23 856, also um 10 530 Mark.

Dem Bericht schloß sich eine ausgiebige Debatte an, die hauptsächlich von der „Opposition“ befruchtet wurde. Man ging auf den Jahresbericht wenig oder gar nicht ein, sondern zog wie üblich gegen das Schwichtungsweisen, die Rationalisierung, den Reformismus der Gewerkschaftsführer usw. los, bis sich etwa noch ein Viertel der zuerst anwesenden Mitglieder im Saale befand. Genosse Schumann mußte sich deshalb in seinem Schlußwort sehr kurz fassen, blieb aber trotzdem den „Worthelben“ die Antwort nicht schuldig.

## Aussperrung in der schwedischen Papierindustrie.

Stockholm, 8. März. (II.)

Am Montag trat die Aussperrung von insgesamt 13 000 Arbeitern der schwedischen Papierindustrie in Kraft. Damit erhöhte sich die Zahl der Gesamtarbeitenden auf 57 000.

## Gewerkschaften gegen Diktator.

Das Zentralkomitee des Gewerkschaftsbundes der Amsterdamer Richtung in Spanien hat beschlossen, im September dieses Jahres einen großen außerordentlichen Kongress abzuhalten. Auf der Tagesordnung steht vor allem die Diskussion der politischen Haltung der Gewerkschaft gegenüber dem Diktator Primo de Rivera. Das Komitee wird dabei eine Einschließung vorlegen, worin es verlangt, daß die Gewerkschaften sich noch wie vor von dem Wirtschaftsrat Primo de Riveras fern halten, um ihre Freiheit und Unabhängigkeit gegenüber der Regierung besonders zu betonen. Der Kongress soll weiter über die Verstärkung der Propaganda und die Gründung einer eigenen Gewerkschaftszeitung Beschluß fassen.

Für das Hafengebiet Mannheim-Ludwigshafen und Rheinan wurde das bestehende Lohnabkommen vom Deutschen Verkehrsband und dem Zentralverband der Maschinenisten und Heizer zum 31. März gefündigt. Es wird eine Lohnerhöhung von 15 Proz. verlangt.

Für die Angestellten der Stadt Berlin ist der 4. Angestellten-Tarifvertrag (4. ATV) und für die Angestellten der Krankenpflegeanstalten der 2. ATV (2. ATV) in Kraft. (2. ATV, Anst.) zwischen dem Reichsverband der Beamten und Angestellten und dem Magistrat abgeschlossen worden. Diese Tarifverträge sind im Druck erschienen und im Bureau des Reichsverbandes der Beamten und Angestellten, Berlin N 24, Johanniststraße 14/15, Zimmer 2, gegen Erstattung der Selbstkosten, 10 Pf. pro Exemplar, erhältlich.

Jugendgruppe des PAK. Heute, Dienstag, Turnabend 8-10 Uhr in den Turnhalle der Schule Parauer Str. 9. Turnübung ist mitzubringen. In Anbetracht des bevorstehenden Reichsjugendtages, bei dem auch sportliche Wettkämpfe ausgetragen werden, bitten wir alle Jugendfreunde, die turnerisch befähigt sind, an den Turnabend teilzunehmen.

Zweites Generalkonferenz-Gew. Berlin. Heute, Dienstag, 19 1/2 Uhr, tagen die Gruppen: Cäcilien-Jugendchor des Verkehrsbandes, Engelauer 24/25. Aufgang 8. Part. Bierabend. — Gew. Berlin: Jugendheim Oranien-Edle Tuchstraße. — Fribenort: „Ergänzungsgruppe“. — Leipzig: Gruppenheim Schule Wilhelmstraße 33/34 (Part. immer). Heimbesprechung. Verbandsbesprechung. — Schwabau: Jugendheim Reichshausstraße, Berliner Str. 11. Literarischer Abend: „Sonnenschein der Jugend“. — Neu-Elberfeld: Jugendheim Paulstraße (Sportplatz) an der Hellmuthstraße. Heimbesprechung. Obus Heimbesprechung und Verbandsbesprechung. — Landsberger Platz: Jugendheim „Vereinsheim“. — Neue Spitzel in Jugendheim. — Frankfurter Platz: Jugendheim „Lilauer Str. 18, Zimmer 2. Heimbesprechung. Verbandsbesprechung und Heimbesprechung. — Fortbewegung: Übungsabend der Fußballgruppe bei Herrn Dietz, Müllerstr. 156.

Verantwortlich für Politik: Dr. Curt Geyer; Wirtschaft: G. Klingelberg; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Kultur: A. B. Richter; Polizei und Sanität: Felix Kahlert; Anzeigen: E. Gluck; sämtlich in Berlin. Verlag: Fortbewegung-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Fortbewegung-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 2. „MAGGI“ ist ein eingetragenes Warenzeichen.

# Natürlich!

Nicht nur Suppen, sondern auch Gemüse, Salate und Soßen erhalten kräftigen Wohlgeschmack durch

# MAGGI Würze







Wenn auch die Sonne bei uns im Winter ein seltener Gast ist, so beginnt doch mit den länger werdenden Tagen im März weiß eine wärmer kalte Luft sich einzustellen.

Der kalte Winter.

Obi hört man den Ausspruch von erfahrenen Landleuten: auf einen charakterlosen Winter folgt ein mäßiger Sommer und die letzten Jahre haben diese Ansicht bestätigt.

Während sonst der fleißige Gartenfreund im Spätherbst, aber auch im Winter den Acker bearbeitete, Düng untergrub, nolleidende Stellen durch Rippen oder Aufbringen von Kompost verbesserte, hat in diesem Winter die Landarbeit fast gänzlich ruhen müssen.

Pferde zum Rationalheiligum erklären, bloß damit sie durch ihre Düngezeugung die durchaus notwendige Ergänzung des Kunstdüngers hervorbringen? Poeten und — Akerbürger werden daher diese „Mechanisierung“ des Landbaus mit gemischten Gefühlen betrachten.

Die Blumenfälle des Winters.

Kann man sich die Welt ohne Blumen vorstellen? Als um Weihnachten herum die Nachrichten kamen, daß von England an über Holland, Frankreich bis nach Italien hinunter grimmige Kälte die bekannnten Blumen im Winter liefernden Kulturen vernichtet hätte, hat wohl manches Frauenherz gebebt, daß die Welt ein Jahr lang den farbigen Reiz der Kinder Floras werde entbehren müssen.

Auf dem Lande selbst zeigen sich manche Anzeichen des großen Naturwunders, das sich mit dem Frühling einstellt. Das Grün der

winterharten Pflanzen, so der Schwertlilie, der Beilchen, der Stiefmütterchen, nimmt eine frische Farbe an, aus Stauden treibt neues Jungvolk hervor, und die spigen Stiele der spanischen Reis durchbrechen die harte Erdoberde.

Zwei Jahre im Traumzustand. Ein Prozeß um blinde Frauenliebe.

Unter der Anklage, zwei Frauen durch Heiratsverprechungen betrogen zu haben, hatte sich der Filmregisseur und Schauspieler Hugo Jaglowski vor dem Großen Schöffengericht zu verantworten.

Da war die eine Zeugin, eine Schauspielerin, deren Mann ebenfalls Schauspieler ist. Auf einer Tournee mit einem Storch kam sie mit dem Angeklagten in Berührung.

Während er diese Frau nur um einen kleinen Betrag preßte, den sie sich selbst noch hatte leihen müssen, wurde die zweite Zeugin, eine geschiedene Frau, um ihr ganzes Besitztum, etwa 15 000 Mark, ihre Möbel und selbst ihre Kleidungsstücke gebracht.

Reichschulungskursus der Jungsozialisten

Als Auftakt zu den Wahlen findet von Karfreitag, den 6. April, bis einschließlich Ostermontag, den 9. April, in

Probstzella im „Haus des Volkes“

ein Reichschulungskursus der Jungsozialisten statt, der sich vornehmlich mit innerpolitischen Fragen befaßt.

Es referieren dort: Dr. Georg Decker „Klassen und Parteien in Deutschland“ Ernst Fränkel „Der Einheitsstaat“ Alexander Stein „Kommunismus und Sozialismus“ in der Arbeiterbewegung.

Teilnahmegebühr 3 M., Aufenthalt einchl. Essen u. Nachtquartier tägl. 4,25 M. Anmeldung bis zum 25. März an die Reichsleitung der Jungsozialisten, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, 1 Hof, 3 Tr.

Menschen, Göttern gleich...

Roman von Herbert George Wells.

Barnstaple bemerkte, daß Ridley und Pent sich ihm näherten. Ridleys Gesicht und Ohr waren noch mit Heftigkeit verziert und seine Haltung war gespannt und ängstlich. Pent folgte ihm in kurzem Abstand und hielt eine Hand an die Wange.

tun werden, ist, damit loszufahren. Ich mag den Ort nicht und ich mag diese Leute nicht. Die sind ja verdreht. Sie sind unanständig. Seine Lordschafft sagen, es ist ein Hausen Schwächlinge, und es scheint mir, daß Seine Lordschafft beinahe recht haben.

Mr. Barnstaple betrachtete Pent. „Sie haben sich doch nicht im Gesicht verkratzt?“ fragte er. „Nicht der Rede wert,“ sagte Pent, „ich glaube, wir sollten losziehen.“

Ridley sah Pent an und dann Mr. Barnstaple. „Er hat sich ein bißchen angeschlagen“, bemerkte er. Und ein schwaches Lächeln brach durch seine saure Miene.

„Es ist besser, wir gehen los, wenn wir die Wagen finden wollen“, sagte Pent. Ein Grinsen voll inniger Schadenfreude erschien auf Ridleys Gesicht. „Er ist gegen etwas angebumst.“

„Ach, halt's Maul“, sagte Pent. „Aber die Sache war zu gut, um sie zurückzuhalten.“

„Eins dieser Mädchen hat ihn geschlagen.“ „Was meinen Sie?“ sagte Mr. Barnstaple. „Sie haben sich doch keine Freiheiten erlaubt?“

„Ich hab' nichts gemacht“, sagte Pent. „Aber da Mr. Ridley so liebenswürdig war, das Thema anzuschneiden, glaube ich, ich werde erzählen, was geschehen ist.“

Dieser Spaß zeigt so recht die Unsicherheit, in der man sich befindet, wenn man unter einen Haufen von halbwildem und halbübergeschnappten Leuten gerät, wie wir.“

Ridley lächelte und blinzelte Mr. Barnstaple an. „Sie wüßte ihm ganz richtig eine herunter. Schmiß ihn um. Er legte seine Hand auf ihre Schulter und patz! da lag er. So was hab' ich noch nicht erlebt.“

„Niemandes Bed.“, sagte Barnstaple. „Das alles spielte sich in einer Sekunde ab.“ „Es ist schade, daß es geschehen ist.“

„Machen Sie nur kein Aufhebens davon, Herr, und verrennen Sie sich nicht in solche Vorstellungen.“, sagte Pent. „Ich möchte nicht, daß die Geschichte herumgeht — es könnte mir bei Mr. Burgleigh eine Menge Unannehmlichkeiten eintragen.“

„Schade, daß Mr. Ridley nicht den Mund halten konnte. Was sie gereizt hat, weiß ich nicht. Sie kam in mein Zimmer, als ich gerade aufstand, sie hatte, was man sagt, nichts an, sah ein bißchen led' drein, nach meiner Auffassung, nach, und es kam mir in den Sinn, ihr etwas — zu sagen,

etwas — na, so'n ganz kleinen Scherz, sozusagen. Man kann nicht immer seine Gedanken beherrschen — stimmt's? Ein Mann ist ein Mann. Wenn man von einem Mann erwartet, daß er in seinen geheimen Gedanken zu einem Mädchen höflich ist ohne verletzende Nebengedanken, sozusagen — gut, ich nicht. Ich weiß wirklich nicht. Es ist gegen die Natur.“

„Ich hab's nicht gesagt, was ich mir auch immer gedacht hab'“, Mr. Ridley wird es mir bestätigen. Ich habe zu ihr kein Wort gesprochen. Ich hatte noch nicht den Mund aufgemacht, als sie mir eine herunterhaute. Schmiß mich hin wie einen Kegel. Sie schlen nicht einmal bö's zu sein. Ein Faustschlag von der Seite — es kam so überraschend, deshalb hauptsächlich fiel ich hin.“

„Aber Ridley sagt, Sie haben sie angerührt.“ „Vielleicht habe ich meine Hand auf ihre Schulter gelegt, so in väterlicher Art. Als sie sich umdrehte, um zu gehen — ich bin nicht sicher, ob ich ihr gerade etwas sagen wollte, ich geb' es zu. Und da hat man's. Wenn ich Unannehmlichkeiten haben sollte, weil ich mutwillig geschlagen worden bin —“

Pent drückte durch eine beredte Gebärde aus, daß er an dieser Welt verzweifelte.

Mr. Barnstaple überlegte. „Ich werde keine Unannehmlichkeiten machen“, sagte er. „Aber dessen ungeachtet glaube ich, daß wir alle sehr vorsichtig mit diesen Utopen sein müssen. Ihre Wege sind nicht die unseren.“

„Gott sei Dank“, sagte Ridley. „Je früher ich aus dieser Welt nach Old-England zurückkomme, um so lieber wird es mir sein.“

Er wandte sich zum Gehen. „Sie sollten Seine Lordschafft hören“, sagte Ridley über die Schulter. „Er sagt, es ist eben eine Welt von aufgelaunenen Schwächlingen — verkommenen Schwächlingen — tatsächlich, entschuldigen Sie, tatverdammte Schwächlinge! He? Das kennzeichnet sie ungefähr.“

„Der Arm der jungen Frau scheint nicht sehr schwächlich gewesen zu sein“, sagte Mr. Barnstaple, dem Angriff tapfer standhaltend.

„So, meinen Sie?“ fragte Ridley böse. „Das ist alles, was Sie wissen? Warum? Wenn es noch ein sicheres Zeichen von Degeneration gibt, so ist es das, wenn die Weiber es übernehmen, die Männer zu prügeln. Das ist gegen den Instinkt. In irgend einer ehrbaren, anständigen Welt hätte so etwas unmöglich geschehen können. Niemals.“

„Niemals!“ schote Pent. (Fortsetzung folgt.)



# 1250 Prozent im Jahre sind zu wenig?

## Der Schuldner soll auch noch dankbar sein!

war auch Besitzerin eines Films, der den verheißenden Namen führte „Flora mystica, von der Liebe des Weibes“. Den Film wollte sie noch nicht weiterverkaufen, weil noch ein Herr in Wien Besitzansprüche erhob. Der Angeklagte ließ sich aber Vollmacht geben und machte den Film ebenfalls zu Geld. Die Spekulation des Angeklagten auf die amerikanische Erbschaft der Zeugin wurde dadurch vereitelt, daß deren Vater, der jetzt selbst in Amerika lebt, die Auszahlung verweigerte, bis sie sich von der unheimlichen Persönlichkeit des Angeklagten frei gemacht habe. Zwei Jahre hat der Traumbestand gedauert, ich habe auf niemanden gehört und ihm immer Glauben geschenkt. Ich muß hypnotisiert worden sein und war blind.

Der Angeklagte behauptet nun, daß er noch Forderungen an die Zeugin habe, da er die Gelder zu Geschäftsunternehmen erhalten habe und Gegenrechnungen zu machen hätte. Das Schöffengericht verurteilte den Angeklagten wegen fortgesetzten Betruges in zwei Fällen zu sechs Monaten Gefängnis.

## Der Bilderdiebstahl von Cadolzburg.

### Lippmann nach Fürth gebracht.

Der wegen des Gemäldediebstahls auf der Cadolzburg verhaftete Kunsthändler Lippmann ist gestern nachmittags von Beamten der Dienststelle B3 der Kriminalpolizei nach Fürth gebracht worden, um dort dem zuständigen Amtsrichter vorgeführt zu werden. Er wird dort auch dem in München verhafteten Kunsthändler August Meyer gegenübergestellt werden.

Die Beamten haben die Gemälde in dem gleichen Koffer, in dem die Diebe sie von Leipzig nach Berlin brachten, mitgenommen, damit sie der bestohlenen Kapelle wieder zugestellt werden. Um die Bilder vor weiteren Beschädigungen zu bewahren, hatten die Diebe den Koffer gefüllt mit Watte ausgelegt. Das zu dem Beutegewinn benutzte Auto ist immer noch nicht bekannt. Der „Günther“, der den Wagen besetzte und steuerlos, eigenhändig, nach München fuhr, ist der Kunsthändler August Meyer, ein Mann von 30 Jahren, der aus Woldissen in Bayern stammt, in Berlin schon bekannt. Er hatte, als er hier in der Potsdamer Straße 121c wohnte, wiederholt mit dem Zoll- und Finanzamt zu tun. Wegen seiner Delinquenzen war er vorher bereits mit 500.000 Papiermark Geldstrafe bestraft. In der Berliner Lebenswelt war er bekannt und in vielen Lokalen ein gern gesehener Gast.

Armin Schmidt ist 20 Jahre alt und stammt aus Bonn. Er ist der Sohn eines angesehenen kleinen Beamten und genoss als Senner in der Kunstwelt einen gewissen Ruf. Sonst aber läßt sein Ruf zu wünschen übrig. Im Jahre 1925 machte er von sich reden, als er sich betrügerisch in den Besitz mehrerer Gemälde setzte. Schmidt beschäftigte sich hauptsächlich mit dem An- und Verkauf historischer Gemälde. Eines Tages fuhr er mit dem Auto bei einem Kunstmaler, einem Professor in der Reichstraße, vor und teilte dessen Gattin mit, ihr Mann habe ihn beauftragt, einige Gemälde abzuholen, die zum Kauf angeboten werden sollten. Die Frau gab ihm auch die gewünschten Bilder, war aber so vorsichtig, sich die Nummer des Autos, mit dem Schmidt wieder abfuhr, genau zu merken. So hatte die Kriminalpolizei einen guten Anhalt, als sich herausstellte, daß

### der Auftrag erteilt

Schmidt wurde bald ermittelt, und die Gemälde wurden bei ihm noch gefunden. Er hatte noch keine Gelegenheit gehabt, sie zu verkaufen. Einem jungen Mädchen nahm er einmal, als er in Verlegenheit war, auf dem Anhalter Bahnhof das ganze Gepäck ab, um es zu Geld zu machen. Polizeilich gemeldet sind Leute wie Meyer und Schmidt nur sehr selten. Sie halten sich stets hoch über dem Wasser in einem kleinen Hotel auf. Zur Ermittlung der drei Flüchtigen Schmidt, Gröste und Günther ist ein umfassendes Fahndungsnetz in die Wege geleitet.

Der Verteidiger des Kunsthändlers H. W. Bippmann, Rechtsanwalt Joseph, berichtet in einer Zuschrift die Nachricht, daß Bippmann der intellektuelle Urheber des Einbruchs in der Cadolzburg gewesen sei. Bippmann ist nur von seinen „Freunden“, mit denen er in jahrelanger engster Beziehung steht, gepfeift worden, bei der Verwertung der gestohlenen Silber zu helfen. Die volle Aufdeckung des Diebstahls sei nur durch die tätige Mitwirkung Bippmanns, der sich sofort der Kriminalpolizei zur Verfügung gestellt hat, möglich gewesen.

## Zusammenstoß zweier Lastkähne.

### Ein Maschinist schwer verletzt.

Am Montag nachmittags gegen 6 Uhr stießen an der Jannomühlbrücke, wo zurzeit Untergrundbahnarbeiten ausgeführt werden und infolgedessen die Wasserstraße sehr beengt ist, zwei Lastkähne, die je mit 10.000 Zentnern Kohle beladen waren, mit voller Wucht zusammen. Einer der Lastkähne wurde dabei mit solcher Wucht gegen einen dort vor Anker liegenden Passagierdampfer gestoßen, daß eine Seitenwand des Passagierdampfers demoliert wurde und ein großes Loch entstand. Sämtliche Maschinen der betroffenen Seite wurden zernichtet. Ein Mann der Dampferbesatzung namens Köpfe erlitt so erhebliche Verletzungen, daß er nach einem Krankenhause gebracht werden mußte. Nur mit Mühe gelang es, den Dampfer vor dem Sinken zu bewahren, indem man schließlich die Schotten schloß und ihn dann auf die Werft abschleppte. Der Sachschaden ist sehr groß. Die beiden Lastkähne sind in Marienwerder in Westpreußen bzw. in Zerpenschleuse beheimatet.

## Der Polizeipräsident an die Beamtenauschüsse.

Am Montagvormittag fand im Polizeipräsidentium eine Sitzung der neu gewählten Beamtenauschüsse der Schutzpolizei statt, die vom Polizeipräsidenten Jörgiebel mit einer Ansprache eröffnet wurde. Der Polizeipräsident gab dabei zunächst seine Hoffnung und dem Wunsch Ausdruck, daß die neu gewählten Beamtenauschüsse mit der gleichen Offenheit, Ehrlichkeit und Ueberzeugung für die Interessen der Behörde und ihrer Kameraden eintreten, wie es bisher der Fall war, daß das gute Einvernehmen zwischen den Beamtenauschüssen der Schutzpolizei und dem Leiter der Behörde weiter bestünde und die Arbeiten der Beamtenauschüsse für beide Teile sich segensreich auswirken mögen. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen ging der Polizeipräsident dann auf die in letzter Zeit laut gewordenen Klagen über Mißhandlungen durch einzelne Polizeibeamte ein. Mit aller Deutlichkeit wies er darauf hin, daß er Mißhandlungen festgenommener unter gar keinen Umständen dulden werde, und er ließ keinen Zweifel daran, daß er bei festgestellten Mißhandlungen die schuldigen Beamten fristlos entlassen werde. Mißhandlungen Wehrloser seien eine Schande für jeden Polizeibeamten, deren Schanden auf die gesamte Polizeibeamtenschaft zurückfalle. Der Polizeipräsident richtete an die Vertreter der Beamtenauschüsse die eindringliche Mahnung und Bitte, auf ihre Kameraden mit allen Mitteln dahin einzuwirken, daß das Ansehen der Schutzpolizei nicht durch Ausschreitungen Einzelner beschmüht werde.

Gewiß hat sich die Deffenlichkeit in den letzten zwei Monaten an tolle Zinssätze gewöhnt, aber es scheint doch noch weitergehen zu können als bei Bergmann, Reil und Schewinski!

Da hat sich ein kleiner Gastwirt, der noch dazu schwerhörig und kurzsichtig ist, in Geldverlegenheit an einen Bankdirektor gewandt. Dieser hat ihm 700 Reichsmark, wie er sagt, aus dem Privatvermögen seiner Frau als Darlehen gegeben und ließ sich dieses Darlehen durch Abtretung einer Hypothek von 2000 Mark notariell sichern. Das Geld war für die Zeit von 3 Wochen gegeben worden und wurde zurückbezahlt unter Einhaltung der Frist mit 300 Mark Zinsen für die Abgabe des Geldes und mit 200 Mark Provision für Vermittlung, d. h. also, bei 700 Reichsmark mit 500 Reichsmark Zinseszins in drei Wochen, gleich 74 1/2 Proz. für diese Zeit und gleich rund 1250 Proz. im Jahr. Der Gastwirt hat in seiner Not sich auf diese ungläublichen Bedingungen eingelassen und es unter Mühen fertig gebracht, die Summe zu bezahlen. Jetzt aber stülpte sich der Bankdirektor auf einen Schein, den der Schuldner unterschrieben hatte. Nach ihm sollte der Bankdirektor auf Grund des Darlehens am Geschäft des Schuldners beteiligt sein. Nach Ansicht des Gastwirtes war dieser Zettel nach der Vereinbarung des Zinsfußes und der Provision zu vernichten. Der Bankdirektor aber gründete auf ihn eine Klage, die sich auf sage und schreibe 610 Mark belief. Die Auszahlung aus noch dieser 610 Mark würde für den Kläger eine Kapitalerhöhung um rund 160 Proz. für drei Wochen, d. h. 2600 Proz. p. a. bedeuten.

Die Sache kam vor den Richter. Nach § 139 der Zivilprozessordnung hat nun der Vorsitzende durch Fragen darauf hinzuwirken, daß unklare Äußerungen erläutert, ungenügende Angaben der geltend gemachten Tatsachen ergänzt und die Beweismittel bezeichnet, überhaupt alle für die Feststellung des Sachverhältnisses erheblichen Erklärungen abgegeben werden. Der Beklagte beschwerte sich nun bitter, daß er, der im Bewußtsein seines begründeten Rechtsanspruches ohne Anwalt erschienen war und noch dazu durch seine körperlichen Gebrechen behindert ist, vom Vorsitzenden bei seiner Darlegung des Falles sehr bald unterbrochen wurde. Der Richter soll sogar gefogt haben, es sei doch trasser Aufwand, daß er nachdem er sich Geld geliehen habe, nicht die vereinbarten Bedingungen einhalte.

1250 bis 2600 Proz. jährliche Verzinsung — das sind allerdings Bedinungen, die nur zustandekommen können, wenn ein unerfahrener Mann aus dem Volke einem Menschen gegenübersteht, der ihm in geschäftlicher Hinsicht bestimmt weit überlegen

ist! Nach dem Volksempfinden trifft in diesem Falle, wie fester, der § 242 des BGB. zu, wonach Leistungen zwischen Schuldner und Gläubiger so zu bewirken sind, wie Treu und Glauben mit Rücksicht auf die Verkehrssitte es erfordern.

Es ist dringend zu wünschen, daß die zuständigen Stellen gerade diesen Fall, in dem ein Mensch, der wirtschaftlich schwer zu kämpfen hat, in einer Weise ausgenutzt wird, die unter keinen Umständen zu dulden ist, überprüfen.

## Reils System längst bekannt.

### Sein eigener Sachverständiger versagt.

In dem Betrugprozess gegen Arthur Reil wurde am Montag der auf Verlangen des Angeklagten als Gegenfachverständiger geladene Vorsitzende des Vereins Berliner amtlicher Buchmacher, Zechlin, vernommen; er bekundete aber, daß das Reilsche System nichts Neues sei. Es werde schon in einer im Buchhandel erschienenen Broschüre entwickelt und es werde auch vielfach danach gewettet. Praktisch sei das System wertlos. Als Sachmann müsse er erklären, daß bei diesen Stoffwetten für die Dauer kaum Gewinne erzielt werden könnten. Im allgemeinen müsse der Spieler bei der Staffelnung der Wetten arm werden. In Frankreich werde gelegentlich durch Staffelnung ein Gewinn erzielt, aber es gehörte zu der Durchführung dieser Wettmethode eine große Ausdauer und das Vorhandensein sehr großer Mittel. Ausführlich äußerte sich der Sachverständige darüber, ob es möglich sei, so hohe Wettbeträge in den 316 Wettstufen und in der Zentrale unterzubringen, wie sie Reil bei seinen Staffelnungen anlegen möchte, um nach vorherigen Verlusten einen Gewinn bei einem erfolgreichen Pferde zu erzielen. Zechlin stimmte den anderen Sachverständigen darin bei, daß das unmöglich sei. Zu der Behauptung, daß auf vier Pferde 30.000 oder 50.000 Mark untergebracht werden könnten, hatte der Sachverständige nur ein Achselzucken. Die Fiskalen müßten jede Wette von 30 Mark ab an die Zentrale münden. Wenn auf ein Pferd an verschiedenen Stellen größere Wetten angelegt werden, würde die Zentrale sofort stoppen. Der Angeklagte Reil blieb aber dabei, daß er sein Staffelsystem hätte durchführen können.

## Verurteilung von sechs Kommunisten.

Der Zusammenstoß zwischen Kommunisten und Schutzpolizeibeamten am 6. Dezember 1927 anlässlich einer kommunistischen Demonstration auf dem Oranienplatz, wo die Polizeibeamten an Absperrungsmaßnahmen gebindert und tätlich angegriffen wurden, fand am Montag in Moabit sein gerichtliches Nachspiel. Obgleich sämtliche neun Angeklagten ihre Unschuld beteuerten, kam das Gericht zu ihrer Verurteilung. Sechs Angeklagte wurden wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt, Aufruhr und Landfriedensbruches zu einem bis neun Monaten Gefängnis verurteilt, während drei freigesprochen wurden.

## Die neue Sonntagsruhe.

Vor geschlossenen Lebensmittelläden standen am letzten Sonntag zahlreiche Hausfrauen, die auf die vorangegangene Ankündigung der vollen Sonntagsruhe, die durch Polizeiverordnung vom 1. März d. J. ab verfügt worden ist, nicht genügend achtet hatten. Anderen Hausfrauen ist diese Verordnung erst am Sonnabend eingeleitet, und sie suchten nun lächelnd nach ihre Einkäufe zu machen. Der Verband Berliner Kaufleute der Kolonialwarenbranche e. V. richtet an alle Hausfrauen die Bitte, ihre Einkäufe für den Sonntag schon am Freitag oder Sonnabend frühzeitig im Laufe des Tages und nicht erst in den letzten Abendstunden zu tätigen. Weiter bittet der Verband, unter Hinweis auf die in der erwähnten Polizeiverordnung angedrohten schweren Strafen, unter keiner Umständen, auch nicht in den offenhaltenden Milch- und Badwarengeschäften, von dem Ladeninhaber den Verkauf anderer Lebensmittel, wie Kolonialwaren, Obst und Gemüse, Feinstoff, Butter und Käse, Konfitüren usw. usw., zu verlangen. Uebrigens ist auch in den

Restorationen dieser Verkauf, abgesehen vom sofortigen Verzehr an Ort und Stelle, streng verboten und strafbar.

Indem wir die Mitteilung des Verbandes Berliner Kaufleute zur Kenntnis bringen, wollen wir nicht verschließen, unsere Hausfrauen zu bitten, auch ihre Einkäufe in den Filialen der Konsumgenossenschaft so früh wie möglich zu machen und nicht erst in den letzten Stunden des Sonnabends. Die Konsumgenossenschaft werden den Hausfrauen Dank wissen. Uebrigens hat die Konsumgenossenschaft vorbildlich gewirkt: Ihre Filialen haben niemals am Sonntag offen gehabt; für sie war der Erlaß der Polizeiverordnung nicht nötig.

## Fünf Opfer der Luftfahrt.

### Schweres Flugzeugunglück in den U. S. A.

Wie aus San Diego gemeldet wird, sind durch den Absturz eines Fünfpassagierflugzeuges in der Nähe von San Diego vier Passagiere und der Pilot getötet worden. Das unglückliche Flugzeug war von jungen Leuten gebaut und wurde auch von ihnen gefahren. Es stürzte in Augenblick, wo es einem ankommenden Flugzeug ausweichen wollte, aus einer Höhe von 100 Metern ab.

San Diego ist einer der landschaftlich schönsten Plätze an der kalifornischen Küste. Das Luxusbad Coronado Beach, bei dem das Unglück geschah, ist der Stadt vorgelagert.

## Mißglückter Raubüberfall eines Bettlers.

Ein Raubüberfall, der zum Glück ungefährlich ausfiel, wurde gestern Nachmittag gegen 3 Uhr in dem Konfektengeschäft von Emmi K. in der Reichstraße 19 verübt. Hier erschien ein Bettler, der um eine Gabe bat. Als die Verkäuferin ihn abwies, wurde er dreist, schlug mit der Faust auf den Badentisch und nach dem Mädchen und forderte nochmals Geld. Sein lautes Sprechen hatte den kleinen Hund angelockt, der den jubringlichen „Runden“ anbellte. Der Bettler, der für seine Hohe fürchten mochte, stellte die Feindseligkeiten ein, verschwand und entkam unerkannt.

## Schweres Motorradunglück in Dahlen.

Ein schwerer Zusammenstoß zwischen einem Privatauto und einem Motorrad trug sich gestern nachmittags gegen 13 Uhr an der Ecke Altenstein- und Koboldstraße in Dahlen zu. Hierbei wurden der Führer des Motorrades, der Obergefreite Julius Boigt und dessen Begleiter, Obergefreiter Ernst Dorn, beide von der 5. Kompanie des 9. Reichswehr-Infanterieregiments, auf das Straßenpflaster gefleudert und schwer verletzt. Das Motorrad wurde völlig zertrümmert. Das Privatauto wurde so schwer beschädigt, daß es abgeschleppt werden mußte, der Führer blieb aber wunderbarerweise unversehrt. Die schwerverletzten Soldaten wurden zunächst nach dem Lichterfelder Kreiskrankenhaus und von dort in das Garfinkelazarett übergeführt.

Zu der Liebestragödie im Pflanzergarten wird mitgeteilt, daß die Vorgänge auch jetzt noch nicht geklärt sind. Der Kaufmann Bromm hat sich in verschiedene Widersprüche verwickelt. So sagte er vor der Kriminalpolizei, er habe nicht gesehen, wie seine Braut sich erschossen habe. Seinem Hauswirt gegenüber aber hatte er bald nach dem Vorfall sich dahin geäußert, daß seine Braut vor seinen Augen die Waffe aus dem Busen gezogen und sich erschossen habe. Die Abschiedsbriefe, die die Braut auf der Rückseite der drei von ihm hinterlassenen Briefe geschrieben hatte, will er gar nicht gesehen haben.

Wetterbericht der öffentlichen Wetterdienststelle Berlin und Umgegend (Nachr. verb.). Weiterhin beständiges Wetter, zeitweise etwas kühleres. — Für Deutschland: Ueberall beständiges Wetter und weitere Abnahme der Nachfröste.



Das Sonntagprogramm stand im Zeichen der Gedenkfeste des „Volkshundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge“. Es ist hier bereits betont worden, daß die Notwendigkeit für den Rundfunk fehlt, sich einer privaten Veranstaltung völlig unterzuordnen. Da nun die Sendegesellschaften auf aktuelle Berichterstattung Wert legen, könnten sie sich mit der Uebertragung einer Feier begnügen, brauchten aber nicht das Gesamtprogramm schwarz zu umrandern. Innerhalb dieses Rahmens wird allerdings Gutes geboten. Orchester und Chor leisten tatsächlich im Abendkonzert Vorzügliches, das Programm hält sich von Rhythmus fern, und es dominieren Namen wie Bach, Handel, Haydn und Richard Wagner. Am Nachmittag spielt die ausgezeichnete Kapelle „Gebrüder Steiner“. Das Konzert beginnt mit Schuberts Overtüre zu „Rosamunde“ und erreicht seinen Höhepunkt in der händelschen Sonate für zwei Violinen. Immer wieder muß man die Klangfülle, die Fröhlichkeit und den Unternehmungsgeist dieser kleinen Kapelle bewundern.

Die Zahl der jährlich publizierten Bücher in Deutschland ist Legion, und trotzdem, obwohl Dramen, Romane und Gedichtbände finden keinen Verleger, kein Theater. Ulrich Kerr list in der „Stunde der Bedenden“ ein paar Proben aus der Menge von Romanen, die man ihm zur Prüfung einjandte. Meistens sind es Werke von Menschen, die nur nebenbei dichten oder schriftstellern. Zwei Gedichte eines Sonnenburger Zuchthauslers fallen durch die Kraft ihrer Sprache, durch ihren Rhythmus und durch die Intensität des Gefühls auf. Vieles ist aber guter Durchschnitt, manches nur dilettantisches. Vollgepackt mit festlichen Worten, wird meistens die Bedeutung der Form übersehen. Die wenigsten finden den Mut und die Kraft zur Konzentration und zur Kürze. Am ausdruckstärksten erscheint Kerr eine Komödien-trilogie des jungen Hans Borchardt. — Den Schluß des Abendprogramms bildet ein Konzert mit italienischen Kompositionen unter dem schönen Titel „Kunst du das Land“. Unter anderem warnt man auch wieder einmal mit der Louise-Serenade auf. Transitz ist, wie immer, ein guter Kantilenenlänger. — Wer kennt die nächtliche Arbeit in den Straßen Berlins? Am Morgen gegen die neuen Straßenbahnställe da. Der Verkehr darf keine Unterbrechung erfahren. Welcher Außenstehende erfährt etwas von der Technik und von den Anstrengungen, die diese Arbeit erfordert? Durchaus instruktiv ist deshalb der Vortrag Albert Koglers über die Glas- und Straßenarbeit in dem Julius „Mensch und Arbeit“. Bildhaft und plastisch ist diese Schilderung. J. S.

**Forman** gegen Schnupfen  
Wirkung frappant!



# Die Wirtschaft antwortet.

## Fortsetzung der Wirtschaftsdebatte im Reichstag.

Der Reichstag setzte gestern die zweite Beratung des Wirtschaftsetats fort.

Hg. v. Rannur (D. Sp.) erklärt, er habe von den Sozialdemokraten, die doch wieder in die Regierung eintreten wollten, ein Wirtschaftsprogramm erwartet. Statt dessen habe er am Samstag eine Wahlrede gehört. (Widerpruch bei den Soz.) Die Rede des Hg. Heintz sei ausgegangen von sechs Jahre alten Begriffsbestimmungen des Marxismus, die heute keine Berechtigung mehr hätten. Der Redner erklärt, er stimme dem Worte durchaus zu, daß der einzige Zweck der Wirtschaft der sei, dem Volke möglichst günstige Lebensbedingungen zu schaffen. Eine um die Verbesserung seiner Lebensverhältnisse kämpfende Arbeiterschaft sei der Wirtschaft durchaus erwünscht; denn Stillstand sei Rückschritt. Nur dürfe dieser Kampf nicht zum Klassenkampf ausarten. Die Lage der Unternehmer sei heute alles andere als angenehm. Der Kapitalismus, dessen Wesen die Arbeit in der Freiheit sei, müßte heute in großer Unfreiheit arbeiten; alles sei fixiert: die Arbeitszeit, die Lohnhöhe usw. Der Redner wendet sich dann gegen die Ausführungen Heintz. Die Forderung nach größerer Publizität einzelner Industrieunternehmen sei zwecklos, wenn man nicht eine Publizität der gesamten Industrie schaffen könne. Eine Bilanz könne doch nur der richtig sein, der das Unternehmen kennt. (Zwischenrufe des Hg. Bais.) Sie werden doch die kaufmännische Ehrlichkeit der Leiter der deutschen Aktiengesellschaften nicht wohl anzweifeln wollen? (Hg. Weis: Ja, na!) Wenn Sie allerdings auf dem Standpunkt stehen, daß es außerhalb Ihrer Partei überhaupt keinen anständigen Reichchen gibt, so kann man mit Ihnen nicht diskutieren. Abschreibungen müssen bei dem heutigen schnellen technischen Fortschritt in bedeutend höherem Umfang erfolgen als früher.

Die sozialdemokratischen Angaben über die Löhne bei Siemens sind grundlos. Wenn von der Bedeutungslosigkeit der Löhne gesprochen worden ist, so trifft dies nicht zu; fünf Prozent Lohnsteigerung bedeuten die halbe Dotation.

Hg. Heintz hat so getan, als machten die Löhne und die Ausfuhr heute überhaupt nichts mehr aus. Bei manchen Maschinen steigt der Prozentsatz der Löhne bis zu fünfzig Prozent des Preises. Auf der Seite der elektrischen Industrie ist dies der Fall. Für die Ausfuhr werden im Maschinenbau 30000 Arbeiter beschäftigt. Der Höhepunkt der Konjunktur ist überschritten. Die deutsche Wirtschaft steht daher jetzt vor der Notwendigkeit, die Ausfuhr weiter auszuweiten. Nicht nur der Unternehmer hat eine Verantwortung für die Wirtschaft, sondern auch der Arbeiter. In der Politik, in der der Reichsarbeitsminister führen sollte, führt heute der Schlichter. Die Arbeiterschaft braucht tüchtige Führer in der Wirtschaft.

Die Forderung der Lohnhöhe ist eine Frage der Dosis, sie hängt ab von dem Stande der Produktion.

Auch in Ausland hat man diese Tatsache erkannt, daß die Länge der Arbeitszeit und die Höhe des Lohnes von dem Stande der Produktionsverhältnisse abhängig sind. Die Festsetzung von Tarifen in der Eisenindustrie ist ein Unfug. Die deutsche Kohlenwirtschaft ist nicht mehr zeitgemäß. Die wichtigste Frage ist zurzeit die Beseitigung der Notlage der Landwirtschaft.

Hg. Meyer-Berlin (Dem.) kritisiert die Wirtschaftspolitik der Reichsregierung. Die Regierung habe ihre Versprechen in Bezug auf Beseitigung der wirtschaftlichen Schranken und Förderung des Handelsverkehrs nicht gehalten. Nicht ein autonomer Zoll sei ermäßigt, dagegen seien eine Reihe wichtiger Lebensmittelpreise erhöht worden. Der Abschluß des polnischen Vertrages, auf den die Wirtschaft im Osten besonders angewiesen sei, werde von Monat zu Monat durch anwachsende Einkäufe verzögert. Die Erhöhung der deutschen Zolltarife bedeute gleichfalls Erhöhung unseres Preisniveaus. Unter der obersten Politik der Regierung habe gerade der gewerbliche Mittelstand wiederum am schwersten gelitten. Der Reichsernährungsminister betätige sich fast ausschließlich als Hemmschuh der Außenhandelspolitik.

Hg. Koenen (Komm.) meint, das Wirtschaftsministerium sei dem industriellen Schmarbentum gegenüber völlig ohnmächtig. Diese Entwicklung zeige deutlich, daß die Sozialdemokratie als Arbeiterpartei völlig abgewirtschaftet habe und sich einmischen lasse in die Einheitsfront der kapitalistischen Parteien. Die Arbeiterschaft werde daraus erkennen, daß sie nur durch die Vernichtung des kapitalistischen Staates im revolutionären Klassenkampf ihr Recht erlangen könne.

### Ein Zwischenfall.

Als der Redner das Wort verließ, erhebt sich auf der Tribüne eine Frau und ruf: „Wo bleibt das Gleichgewicht? Warum nehmen Sie uns jede Möglichkeit, weiter zu leben? (Bravo! bei den Komm.) Das ist eine Unverschämtheit!“ (Lebhafte Zustimmung bei den Komm. und Zurufe: Nur ruhig, Herr Präsident, es ist keine Höllenmaschine da! Es ist ganz ungefährlich!) (Heiterkeit.)

Hg. Modatz (Wetich. Sp.) bedauert, daß in der Regierung die nötige Übereinstimmung zwischen Wirtschaftsministerium und Arbeitsministerium fehle. So entstehe oft ein unvereinbarer Gegensatz zwischen Wirtschafts- und Sozialpolitik. Mit Ansehen sei der Wirtschaft auf die Dauer nicht zu helfen, denn Amerika, das früher von Europa Geld zu 3 Proz. erhielt, berechne jetzt sein Geld mit 8 bis 9 Proz.

Bei aller Anerkennung der Notlage der Landwirtschaft müsse doch verwahrt werden vor einer Subventionspolitik auf Kosten der bereits überlasteten Kreise von Handwerk und Gewerbe.

Die Hilfsmaßnahmen müßten sich auf diese von der Not der Landwirtschaft ebenso betroffenen Wirtschaftskreise auf dem platten Lande. Solche Verdiensthäpchen, wie sie Hg. Heintz für den Kleinhandel mit Markennarke anmahnt, seien tatsächlich nicht vorhanden. Die Erhöhung der Tarife der Post habe die Wirtschaft um mehr als 250 Millionen neu belastet. Wenn es sich bestätigt, daß auch die Reichsbahn ihre Tarife erhöht, dann werde eine allgemeine Erhöhung der Preise unvermeidlich sein.

Hg. Rauch (Bayer. A.) greift das Bergbauwesen der Reichsstaaten außerordentlich scharf an. Im Bergbauwesen könne man geradezu von einer Vertrauenskrise sprechen. Das Vertrauen werde geschüttelt durch Fälle wie den, daß ein hoher Beamter der Bergbauverwaltung zur Strafhaft übergeht und nach wenigen Monaten sich bei derselben Stelle, an der er blühen gesehen hat, um Aufträge bewirbt. (Hört hört!) Der Redner beantragt, die Verträge einer Zusammenfassung der von den Reichsbehörden und der Reichsbahn im Geschäftsjahr 1927/28 erteilten Aufträge unter genauer Angabe der beteiligten Firmen und der Preise. Er beantragt weiter eine parteiübergreifende Nachprüfung der vom Eisenamt geschaffenen Eisenpreisobergrenzen und erst, die Notwendigkeit einer Preisobergrenze. Die Preisobergrenzen seien wegen der damit verbundenen Baustoffverfeuerung eine Sabotage der Wohnungsfrage. Eine ganz mißliche und die Verbraucher schädigende Preispolitik werde auch vom Zementfabrikanten geübt. Ein Einschreiten der Regie-

rung dagegen sei notwendig, ebenso gegen die Preispolitik bei der Stromerzeugung durch die Ueberlandwerke. (Beifall.)

Hg. Graf zu Reventlow (Nat.-Soz.) reitet das östliche Stredenpferd spazieren: die Dawes-Verträge sind an allem Schuld.

Hg. Bäll (Dem.) fordert eine größere Einflußnahme des Reichswirtschaftsministeriums auf die Sozialpolitik. Dem Kleinhandel und dem gewerblichen Mittelstand sollte größerer Schutz vor der Preispolitik der Kartelle gewährt werden.

Hg. Budjuha (Dnal.) fordert Vorlegung der seit Jahren versprochenen Reichshandelsordnung.

Darauf wird die Beratung abgebrochen. Ohne Aussprache wird in allen drei Lesungen das Gesetz über die weitere Hinausschiebung der Bildung einzelner Länder und Gemeinden an die Steuereinkommenswerte bis 1. April 1929 angenommen.

Um 15 1/2 Uhr verläßt sich das Haus auf Dienstag, 14 Uhr Auf der Tagesordnung steht neben dem Rest des Wirtschaftsetats die zweite Beratung des Verkehrsetats.

## Bergbau vor dem Landtag.

Die Belegschaften vermindern sich, die Unfallziffern steigen!

Im Landtag gab am Montag die zweite Lesung des Berggesetzes den sozialdemokratischen Rednern Otter (Wodum) und Franz (Oberhessen) Gelegenheit, in allerdings sehr beschränkter Redezeit die Forderungen der Bergarbeiter hinsichtlich höherer Löhne, besserer Behandlung und vor allem Dingen auf höchstmöglicher Schutz von Leben und Gesundheit dieser stets von Gefahren umlauerten Arbeiterkategorie zu begründen.

Die Beratungen des Etats standen nämlich unter dem Eindruck des letzten großen Bergunglücks auf der Zeche Emma bei Recklinghausen, das nicht weniger als 12 Todesopfer forderte. In Hand der Unfallstatistik konnten die beiden Redner nachweisen, daß trotz der erheblich verminderten Belegschaften die Zahl der Unglücksfälle im Bergbau von 1926 bis 1927 um nicht weniger als 17000 gestiegen ist. Mit vollem Recht machten sie das Anreizsystem der Reserverämien dafür verantwortlich und forderten Ausbau der Sicherheitsmaßnahmen, Vermehrung der Bergrevierinspektoren und der Grubenkontrolloren.

Trotzdem hatte der Vertreter der Interessen der Bergherren, der Senator und volksparteiliche Hg. Winterneil die Stirn zu behaupten, daß nach seiner Ansicht im Landtag viel zu viel über Bergarbeiterfragen gesprochen wird.

Die beste Unterlage für die Forderungen der Bergarbeiter gab die Rede des Handelsministers Dr. Schreiber, der in einem allgemeinen Ueberblick über die Entwicklung des Kohlenbergbaus eine Zunahme der Förderung in allen Bezirken feststellte. Im Ruhrrevier ist zum erstenmal die Friedensförderung überschritten worden und bei der Braunkohle wird sich die Friedensförderung sogar verdoppeln, wenn die Förderung der letzten Monate aufrechterhalten werden kann. Damit ist natürlich auch der Schlichterförderungsanteil auf den Kopf des Arbeiters gestiegen. Und das trotz der Verminderung der Belegschaften!

Der Minister äußerte sich sodann noch über die Frage der Gasfernversorgung und versuchte dabei die Bedenken einzelner Kommunen zu zerstreuen, die in diesem Projekt eine teilweise Aufgabe ihrer Selbständigkeit sahen.

Barher übermies das Haus noch den von der Staatsregierung vorgelegten Vertrag zwischen Preußen und den süddeutschen Staaten über Regelung der Lotterieverhältnisse an den Hauptauschub.

Die nächste Sitzung findet am Dienstag, dem 6. März, statt. Tagesordnung: Abstimmung zum Justizetat, zweite Lesung des Handels- und Gewerbetats.

## Der Panzerkreuzer wird gebaut!

Alle Streichungsanträge zum Flottenetat abgelehnt. — Das Verschleierungssystem soll bleiben.

Die Spezialdebatte des Marinestats, die in der Montag-Sitzung des Ausschusses für den Reichshaushalt begonnen und zu Ende geführt wurde, zeigte in eindeutiger Weise, daß den früheren Koalitionsparteien auch alle von der Marineleitung angeforderten Summen genau so „heilig und unantastbar“ erschienen, wie das bei den Heeresbewilligungen der Fall gewesen ist. Ohne irgendeinen Unterschied zu machen wurden alle Streichungsanträge der sozialdemokratischen Fraktion, die bei den fortbauenden Ausgaben 12, bei den einmaligen Ausgaben 25,6 Millionen ausmachen, rundweg abgelehnt.

Daß damit auch die erste Rate für den Bau des Panzerkreuzers genehmigt und durch diese Genehmigung bei der letzten, so überaus gespannten Finanzlage eine weitere Ausgabe von 300 bis 400 Millionen Mark für die nächsten Jahre festgelegt wurde, war nach der Debatte und der Haltung des Zentrums nicht zweifelhaft.

Den Streichungsanträgen der anderen Oppositionsparteien erging es nicht besser. Und nicht nur das. Während bei allen anderen Einzelhaushalten das Streben der Sozialdemokratie, den Etat auch formell klarer und übersichtlicher zu gestalten, von den bürgerlichen Parteien wenigstens teilweise unterstützt, und manche von den erbetenen Ermäßigungen gestrichen wurden, lehnte man beim Marinetat alle diesbezüglichen sozialdemokratischen Anträge, gleichfalls ohne jede Einschränkung, ab. Der Marinetat, bisher schon der undurchsichtigste aller Einzelstats, soll also auch im nächsten Jahre so unübersichtlich und unklar bleiben.

Beim Komitee Sanitätswesen brachte in der Debatte Genosse Dr. Rofes den unabweisbaren Unterschied in den Kosten des Sanitätswesens bei der Polizei und bei der Reichswehr zur Sprache. Die Kosten betragen bei der Polizei 1,3, bei der Reichswehr 64 Millionen. Auf den Kopf kommen bei der Polizei 17,20 Mark, bei der Reichswehr 64,10 Mark! Dabei gibt es bei der Polizei keine Anstaltsärzte zur Vertretung, während beim Heer und der Marine noch etwa 400000 M. für Vertretungen bezahlt werden, trotzdem beim Heer schon auf die Hälfte der Personen ein Arzt entfällt.

Das Kapitel Vertiefen gab den Genossen Hülich und Biedermann Anlaß, Forderungen darüber vorzubringen, daß die Vertiefungen, insbesondere die von Wilhelmshafen, in ihrem Verhalten den Arbeitern gegenüber sich gewandelt haben und häufig in schroffer Form gegen die Arbeiter

norgehen. Das könne und würde zu nichts Gutem führen. Die Befehle unserer Genossen wurden von dem Zentrumsabgeordneten Erling als durchaus berechtigt anerkannt. Da, selbst der Volksparteiler, der frühere Admiral Brüninghaus, sah sich gezwungen, zu erklären, daß auch ihm zahlreiche Klagen zugegangen seien.

Wie bisher stets, ließ es die Marineleitung an schönen Ber-sprechungen nicht fehlen, und Admiral Jentke erklärte, daß er das höchste Einverständnis mit den Arbeitern wünsche und den vor-gebrachten Beschwerden nachgehen werde.

## Koalitionsfreiheit den Bankangestellten!

Ungeheuliche Beschränkungen der Bankleitungen. — Eine sozialdemokratische Interpellation.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat folgende Interpellation im Reichstag eingebracht: Auf Veranlassung des Reichsverbandes der Bankleitungen verbieten die Banken in Berlin und im Reich ihren Angestellten, die Zeitung des Allgemeinen Verbandes der Deutschen Bankangestellten im Betriebe zu verbreiten. Zuwiderhandelnde Angestellte werden mit strafloser Entlassung bedroht, obwohl § 3 des Reichsarbeitsgesetzes für das deutsche Bankgewerbe die Verteilung der regelmäßig erscheinenden Zeitungen der vertraglich stehenden Bankangestelltenorganisationen auch während der Arbeitszeit gestattet.

Was gebietet die Reichsregierung zu tun, um auch den Bankangestellten das Recht der Meinungsfreiheit und das Recht der Vereinigungsfreiheit gemäß Artikel 118 und 136 der Reichsverfassung zu gewährleisten?

Ist die Reichsregierung bereit, die Bankleitungen zur Befolgung der Tarifgesetzgebung anzuhaltend?

Beabsichtigt die Reichsregierung gesetzgeberische Maßnahmen vorzubereiten, um das durch die Reichsverfassung gewährleistete Recht der Gewerkschaften zur Erfüllung ihrer Aufgaben, durch erhöhten Rindigungsbeitrag für ihre Beitragsleute zu sichern?

Beantwortung  
5. Klasse 30. Preussisch-Süddeutsche Klassen-Lotterie.  
Ohne Gewähr Nachdruck verboten

Jede gezogene Nummer hat zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die zwei gleiche Nummern in den beiden Abteilungen I und II

22. Ziehungstag 3. März 1928

Da der Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 150 M. gezogen

4 Gewinne zu 10000 M. 115034 212426
3 Gewinne zu 5000 M. 133431
4 Gewinne zu 3000 M. 108518 288089
16 Gewinne zu 2000 M. 27562 103453 188202 190787 202600 218023 262024 357052
24 Gewinne zu 1000 M. 16176 18554 58306 63827 67392 91917 107590 129066 214925 274157 347576 357812
80 Gewinne zu 500 M. 674 2255 21497 40228 45126 45018 52444 65371 68563 69873 73898 76560 85558 91472 91656 116390 119094 129826 135410 146363 150539 156832 155172 187327 177438 178596 195506 204268 214893 224613 227080 228916 248472 253237 258206 266603 264559 278777 358186 347002 350604 351919 362340 383059
194 Gewinne zu 300 M. 2834 4965 15019 16810 23618 24928 26904 28949 29043 28711 33040 33921 45605 58388 68780 92530 101981 110325 108316 109835 129900 126987 125982 126980 129120 130451 131297 132037 134089 144911 152528 156418 156722 18564 188227 172910 174868 186718 187577 193912 194822 185472 200062 200502 202465 204529 204584 211898 211968 217078 218484 228707 229923 232305 236178 242000 242555 246418 249408 250190 252980 259637 261689 261808 267378 270571 274014 278207 281602 285544 294722 294917 300968 302674 306479 312001 313738 314818 316888 317402 338612 338543 338744 339022 340254 343741 343841 343841 348740 348870 357600 362708 365658 369293 370991 373982 374453

23. Ziehungstag 5. März 1928

Da der Vormittagsziehung wurden Gewinne über 150 M. gezogen

2 Gewinne zu 20000 M. 83906
4 Gewinne zu 10000 M. 84897 250286
10 Gewinne zu 5000 M. 34088 290982 297406 312134 364609
10 Gewinne zu 3000 M. 43087 65368 131762 196151 215169
30 Gewinne zu 2000 M. 8384 85127 84089 103217 115074 128348 151877 154361 161075 203768 269167 313357 326616 338829 358411
74 Gewinne zu 1000 M. 6420 6301 12108 30194 46751 61747 62394 70821 84323 86940 105167 112494 113461 120837 133674 139456 139786 142080 154448 163737 170463 201003 203022 205068 229483 248737 283983 285772 306800 307492 312614 318273 318539 318539 374766
242 Gewinne zu 500 M. 1205 3688 8242 14195 14834 15887 15818 22185 22911 27080 27580 33202 37144 37882 39131 43574 43590 49687 63607 73997 77580 78405 81673 82064 87622 90101 93141 93341 97978 108711 106439 108507 109078 114804 115551 120665 126234 129561 134523 135280 138327 138682 139019 143033 143419 149644 157854 164428 166140 165506 169639 169881 182218 182135 18598 185776 183648 194072 201380 208083 207734 237383 238887 249603 212439 215208 216020 218145 223692 228070 231487 235222 238447 234795 236789 237929 239379 248031 255417 255668 282444 282423 285372 285457 278404 288322 286196 287628 290416 294713 297364 298526 301658 302543 306713 313677 318786 317378 322900 323641 324768 325781 326691 328406 331318 339744 341314 344770 347080 347637 350948 353889 360607 366770 367232 367634 382320 386403 369046 372163 372350

Im Gewinnrade verblieben: 2 Gewinn zu je 50000 M., 2 Gewinne zu je 10000 M., 2 Gewinne zu je 7000 M., 4 Gewinne zu je 5000 M., 20 Gewinne zu je 1000 M., 44 Gewinne zu je 500 M., 18 Gewinne zu je 300 M., 180 Gewinne zu je 200 M., 430 Gewinne zu je 100 M., 1110 Gewinne zu je 50 M., 2890 Gewinne zu je 20 M.

# Das macht uns Keiner nach!

Okasa für Männer!

(Nach Gehirnarzt Dr. med. Lohmann)

Okasa ist das bewährteste hochwertige Sexual-Kraftmittel bei vorzeitiger Schwäche, Ermüddung, Nervenkrankheiten, wie das jetzt vielfach üblich, verursacht werden. Die Anwendung der Okasa-Tabletten ist einfach, angenehm und wirksam. Die Okasa-Tabletten sind in jeder Apotheke, General-Depot u. einleitender Versandt für Deutschland: Rudolfs-Krone-Apotheke, Berlin W. 9. Friedrichstr. 160. Wert unerschöpflich vertrieben.

Probe-Packung unsonst, die wir jeder Broschürenbestellung kostenlos in verschlossener Doppelhülle beifügen. Probe-Packungen nur auf schriftliche Bestätigung.



# Preußen im Ferngasstreit.

Zur Rede des preussischen Handelsministers.

Von H. Haas, R. d. L.

Bei der Beratung der Bergelats sprach der Minister Dr. Schreiber auch für die Gasfernverorgungspläne der A.-G. für Kohleverwertung. Er betonte, daß von den Zechen, die dem Kohlesyndikat angeschlossen seien, 90 Proz. der A.-G. für Kohleverwertung angehört und davon 10 Proz. dem Staate. Nach seiner Meinung müßten nicht nur die Ruhrzechen, sondern alle Kohleengebiete angeschlossen werden. Voraussetzung wäre weiter, daß die Ferngasversorgung ebenso zuverlässig und preiswert für den Verbraucher wäre. Auf die Billigkeit des Gaspreises legte er den größten Wert. Trotz Zuruf ging er nicht auf die großen

## Gefahren eines Privatmonopols

ein, sondern glaubte das damit abtun zu können, daß er sagte, die Kohlewirtschaft ist die am stärksten gebundene Wirtschaft. Er verweist dann noch die Kali- und Stickstoffindustrie mit der Monopolstellung der Post und Eisenbahn.

Diese Ausführungen zeigen, daß der Herr Minister Schreiber die Machtstellung einer privaten Gasmonopolgesellschaft sehr unterschätzt. Wohl ist es richtig, daß die Kohlewirtschaft gebunden ist, aber leider trifft dieses nur für die Kohle zu und nicht für die Nebenprodukte der Kohle. Nach der Entwicklung der letzten Jahre ist anzunehmen, daß in nicht allzu ferner Zeit die Nebenprodukte wie Koks, Ammoniak, Benzol, Naphtal, Dole und Gas für unser Wirtschaftsleben von größerer Bedeutung als die Kohle sind. Hingzu kommt aber auch, daß nach dem § 49 der Kohlewirtschaftsgesetzes der Kohlewirtschaftsrat auch für die Kohle nicht allzu viel zu sagen hat. Es heißt nämlich dort, daß er das Recht hat:

„Allgemeine Richtlinien für die Brennstoffwirtschaft zu geben, insbesondere zur Ausschaltung unwirtschaftlichen Wettbewerbes und zum Schutze der Verbraucher“.

Der Vergleich des Herrn Ministers mit Post und Eisenbahn auf der einen Seite und auf der anderen Kali und Stickstoff hin ist vollständig. Man kann unmöglich ein Produktionsmonopol ohne weiteres mit einem Verkehrs- und Organisationsmonopol vergleichen. Die heutige Monopolwirtschaft darf kein Staatsmonopol unterworfen werden. Ueberall, wo wir hinschauen, sehen wir, daß die Machtstellung der Wirtschaft — vereinigt in den großen Trusts — eine Gefahr für die Allgemeinheit wird. Nicht der Gaspreis ist ausschlaggebend, der noch dazu von diesen Gasfachmännern als zu hoch bezeichnet wird, sondern die Machtstellung, die man durch dreißigjährige Verträge einer Handvoll Privatkapitalisten in die Hände gibt.

Erhalten die Herrschaften ein Gasmonopol, so haben sie damit auch das Koksmonopol, denn der einzige Konkurrent, das Gastots, wird dann nicht mehr produziert. Hingzu kommt aber auch die Herrschaft über Ammoniak und Dole.

Auf dem Preussischen Städtetag 1925 in Köln wurde über die Monopolbetriebe eingehend gesprochen. Drei Entschlüsse lagen vor, eine sozialdemokratische, eine kommunistische und eine

## von allen Bürgerlichen

— Demokraten, Zentrum, Deutschnationale, Volkspartei und Wirtschaftspartei — unterschriebene. Diese letztere Entschlußfassung, die angenommen wurde, lag in ihrem entscheidenden Teile:

„Die der Versorgung der Bevölkerung mit Wasser, Gas und Elektrizität dienenden Betriebe gehören ebenso wie die Verkehrsbetriebe in die öffentliche Hand, und zwar in erster Linie in die Hand der Gemeinden.“

Als der Vorsitzende diese Entschlußfassung verlas, wurde nach dem Protokoll aus den Kreisen des Zentrums gerufen: „Grundständig!“

In der Debatte zum Bergelats sagte der deutschnationale Abgeordnete von Gersdorff zu der Gasfrage: „Wir wollen keine Sozialisierung, aber auch keine Monopolisierung.“ Von Gersdorff dachte sicher an die Interessen der mitteldeutschen Braunkohle, die in ihrer Schrift gegen die A.-G. für Kohleverwertung sagt

„Daß eine solche Monopolstellung zu Unbequemlichkeiten führen könnte, deren Folgen sich im ganzen Reich störend bemerkbar machen würden, ist leicht einzusehen. Erhöhte Kohlenpreise werden erhöhte Gas-, Teer- und Kokspreise mit sich bringen, um so mehr, als gemäß Kohlenklauel in den Ferngaslieferungsverträgen der Kohlenpreis die Grundlage für den Gaspreis werden soll. Bisher wirkten auf die Preise für Gas, Koks, Teer und Benzol die in den Einzelgaswerken erzeugten Produkte regulierend und ausgleichend ein. Diese Mengen betragen bei 2,7 Milliarden Kubikmeter Gaserzeugung im Jahre ungefähr ihrem Werte nach 280 Millionen Mark.“

Noch stärker nimmt der Magistrat von Frankfurt a. M. gegen die Kohleverwertungsgesellschaft Stellung. In dieser Debatte wird den Preisberechnungen der Kohleverwertung stark zu Leibe gerückt, ferner dem Schlagwort „Kohlenartenproblem“ und der Behauptung, daß der Gastots keine Abzweigmöglichkeiten mehr hätte.

Eine Ueberstürzung einzelner Städte in dieser Frage kann für sie selbst und für die Allgemeinheit von allergrößtem Schaden sein. Noch sieht nicht sehr, was volkswirtschaftlich das Bortelbaster ist. Auffallend ist, daß die Stadt Hannover neuerdings als erste große deutsche Stadt mit der Kohleverwertung einen Vertrag auf 30 Jahre abgeschlossen hat zu einem Gaspreis, der bei der Wichtigkeit, die die Stadt Hannover in dem Programm der Kohleverwertung bildet, durchaus nicht gering ist. Hannover, die Stadt, in der im Jahre 1826 das erste Gaswerk von der englischen „Gesellschaft Imperial-Continental-Gas-Association“ erbaut wurde, will nunmehr wieder zurück zur Privatwirtschaft.

Die kommunalen Gasfachmänner schlagen Bezirksgaswerke in kommunaler Hand vor. Nach ihren Berechnungen sollen diese in der Lage sein, ein besseres und ebenso billiges Gas zu liefern und der Volkswirtschaft mindestens ebenso zu dienen, wie die Kohlenbarone mit der Gasfernversorgung.

Es muß Aufgabe des Staates sein, sich in dieses große Durcheinander einzufügen, um so das Schlimmste für die Allgemeinheit zu verhüten. Nach meinem Dafürhalten kann das am besten durch eine Wenderung des bestehenden Wegerechtes geschehen. Es müßte Aufgabe des sterbenden Landtages sein, diese Frage noch zu regeln.

**Butter teurer und teurer.** Die Butterpreise sind wieder im Klittern. Man merkt es zum Teil auch schon im Einzelhandel. Jedenfalls ist in Kopenhagen der Butterpreis für 100 Kilo ab 1. März statt um die erwarteten 6 bis 8 um 15 Kronen gestiegen, und für die kommende Woche wird eine weitere Steigerung auf der Kopenhagener Butterbörse erwartet. Auch in Hamburg ging am 1. März der Zentnerpreis um 5 Mark hinauf, in Berlin trat zum 1. März eine Verteuerung um 4 Mark, zum 3. März eine weitere Verteuerung um 5 bzw. 3 Mark ein.

# Das Verbrechen der Ausperrung.

Allein die Aufsichtsräte „verdienen“ das Vielfache der verlangten Lohnerhöhungen.

Die Ausperrungen in der Berliner Metallindustrie wegen der Forderungen der Werkzeugmacher sind Wirklichkeit geworden. Der Verband Berliner Metallindustrieller hat mitgeteilt, daß Siemens u. Halske, Siemens-Schuckert, Bergmann, Rig u. Genest bereits am Sonnabend ihre Betriebe schließen werden. Die Lorenz-A.-G. hat am Montagabend die Betriebe geschlossen, die Deutschen Telephonwerke sollen heute Abend schließen, wenn es zu keiner Einigung kommt.

Mindestens 55 000 Arbeiter werden in diesen Betrieben auf die Straße gesetzt, weil 835 Arbeiter eine Lohnerhöhung fordern

und der lächerlich geringe Betrag nicht bewilligt werden soll. Zu diesen 55 000 Arbeitern, die entlassen sind, kommt die Bedrohung von mindestens 21 000 Angestellten, deren Arbeit kaum so gestreckt werden kann, daß sie nicht auch zum größten Teil entlassen würden.

Damit nicht genug. Der Verband Berliner Metallindustrieller hat erst eine Batterie seines schmerzlichen Geschühes aufzählen lassen. Stillegelegt sind erst diejenigen Betriebe, in denen etwa ein Viertel der kämpfenden Werkzeugmacher tätig ist. Mit Sicherheit ist zu erwarten, daß an der Hartnäckigkeit der Siemens und Borgis nicht zu zweifeln ist, daß im Laufe der Woche die meisten anderen Großbetriebe folgen werden, und man denke nur an die großen Belegschaften der A.G., der Borgis-Werke, der Deram-Werke, von Pintsch, der Rationalen Automobil-Gesellschaft, Ludwig Loewe, Bamag, Karl Flohr, Knorr-Bremse, Schwarzloppf, Orenstein u. Koppel, Ehrich u. Graeg, Frister u. Rohmann usw. usw., um zu ermessen, welches verheerliche Spiel vom Verband Berliner Metallindustrieller mit dem arbeitenden Volk von Berlin getrieben wird, von dem allein rund 250 000 Familienväter in den Betrieben des Verbandes beschäftigt sind.

## Der Betrag der Lohnerhöhung ist lächerlich gering.

Wir haben am Sonntag schon mitgeteilt, daß für die insgesamt 4000 Werkzeugmacher für das ganze Jahr eine Lohnerhöhung von etwa 1 1/2 Millionen Mark in Frage kommt. In der gesamten Berliner Metall- und Elektro-Industrie ist es in den letzten Jahren mit Riesenschritten bergauf gegangen. Genosse Heinig hat im Reichstag mit Recht darauf hingewiesen, daß im Siemens-Konzern die Lohnsummen trotz der gewaltigen Ausdehnung der Produktion sich kaum verändert haben, während gleichzeitig der Umsatz in den Jahren 1926/27 sich fast verdoppelt hat.

Ausgewiesene Lantime bei Siemens u. Halske für 12 Aufsichtsräte 414 000 Mk. 648 Werkzeugmacher würden im ganzen Jahr nur erhalten etwa 230 000 „

Würden die bei Siemens u. Halske beschäftigten 648 Werkzeugmacher eine durchschnittliche Lohnerhöhung von 15 P. pro Stunde erhalten, so hätte die Siemens-u.-Halske-Gesellschaft für die gesamte Lohnerhöhung in einem ganzen Jahre

noch nicht 60 Proz. jener Summe zu zahlen, die die 12 Aufsichtsräte der Gesellschaft für ihre „Arbeit“ erhalten.

Aber auch bei den übrigen Werken, die ausgesperrt haben oder heute aussperrt werden, ist es nicht anders.

Deutsche Telephon-Werke	1925	1926
Ausgew. Reingewinn . . . . .	476 000 Mk.	509 000 Mk.
Dividende . . . . .	6 Proz.	6 Proz.
Maschinenwert . . . . .	910 000 Mk.	871 000 Mk.
Steuern . . . . .	576 000 „	532 000 „
Ausgewiesene Lantime des Aufsichtsrats . . . . .	16 000 „	16 000 „
Lohnerhöhung für 47 Werkzeugmacher jährlich ca. . . . .	16 900 „	16 900 „

## Riesengewinne der Großschiffahrt.

Beim Lloyd und bei der Hapag — 20 Mill. Dividende.

Der Aufsichtsrat des Norddeutschen Lloyd in Bremen hat beschlossen, die Dividende von 1927 von 6 auf 8 Proz. zu erhöhen. Die Aufsichtsratsitzung der Hamburg-Amerika-Linie (Hapag) in Hamburg hat noch nicht stattgefunden, doch soll diese Gesellschaft nach Vereinbarung mit dem Norddeutschen Lloyd gleichfalls ihre Dividende von 6 auf 8 Proz. heraufsetzen. Diese Beschlüsse sind von besonderer Bedeutung, weil der Norddeutsche Lloyd in diesem Jahre 125 statt 65 Millionen Mark und die Hapag 130 statt 75 Millionen Mark Aktienkapital zu verzinzen hat.

Diese beiden größten Schiffahrtsgesellschaften in Deutschland haben also im vergangenen Jahre so gut verdient, daß sie zusammen über zwanzig Millionen Mark Dividenden gegen 9,5 Millionen Mark im Vorjahre an ihre Aktionäre zahlen können. Dazu kommt noch, daß beide Gesellschaften alljährlich sehr hohe Gewinnrückstellungen und Abschreibungen von dem Jahresertrag abgeben, deren Ziffern für 1927 allerdings noch nicht bekannt sind. Da den Großreedereien außerdem noch Millionenwerte aus der Freigabe in Amerika zuzurechnen, werden die Herren diesmal wohl zufrieden sein.

## Unter der Krute Schachts.

Wie die Zwangswirtschaft des städtischen Kapitalbedarfs Anleihen verteuert.

Seit fast sechs Monaten stehen die deutschen Städte unter einer unerhörten bis heute noch in nichts gemilderten Zwangsbewirtschaftung ihres Kapitalbedarfs, die sich nachgerade zu einer Gefahr für die ganze deutsche Kreditwirtschaft auswächst. Jetzt kündigt eine Amsterdamer Bank für den 6. März die Auflegung von 2 Millionen Zertifikaten über Gaudschuldschreibungen der Stadt Karlsruhe an, die mit dem für öffentliche Auslandsanleihen bisher noch nicht dagewesenen Zinssatz von 8 Proz. belastet ist und außerdem noch zum Kurse von 96 1/2 Proz. angeboten wird.

Es liegt auf der Hand, daß derartige Forderungen niemals erfüllt zu werden brauchen, wenn die ausländischen Banken nicht von der durch Schacht über die Städte verhängten Auslandsperre profitieren könnten und so zum Schaden der deutschen Gesamtwirtschaft die über die Städte verhängte Zwangswirtschaft zu einer besonderen Gewinnquelle der ausländischen Banken würde. Man scheint sich in Deutschland noch nicht darüber klar zu sein, daß man auch im Ausland über derartige Folgen der Schachtischen Politik den Kopf schütteln muß und vor allem, daß man im Ausland nicht begreifen wird, daß deutsche Banken sich bei der Beschaffung der Gelder als Vermittler belätigen, ohne gegen

Rig u. Genest	1925	1926
Ausgew. Reingewinn . . . . .	606 000 „	675 000 „
Dividende . . . . .	8 Proz.	9 Proz.
Maschinenwert . . . . .	Eine Mark	Eine Mark
Ausgewiesene Lantime des Aufsichtsrats . . . . .	30 000 Mk.	31 600 Mk.
Lohnerhöhung für 45 Werkzeugmacher jährlich ca. . . . .	16 200 „	16 200 „

Wie die vorstehende Aufstellung zeigt, haben die Deutschen Telephonwerke bei gleicher Dividende in den keineswegs günstigen Jahren 1925 und 1926 bei steigenden Gewinnen und gleicher Dividende weniger Steuern gezahlt, und sie haben ihrem Maschinenwert, der nicht unbeträchtlich erweitert wurde, stark abgeschrieben. Die gesamte Lohnerhöhung für die 47 Werkzeugmacher würde noch nicht 17 000 Mark betragen und damit nur um ein Geringes mehr als die aus den Gewinnen an die Aufsichtsräte abgeführte Lantime. Bei Rig u. Genest hat nicht nur die Gewinne erhöht und die Dividenden gesteigert, dar in die Maschinen gebende Maschinenwert ist vollständig abgeschrieben. Die Lohnerhöhung, die an die 45 Werkzeugmacher im ganzen Jahre zu zahlen wäre, beträgt nur ein ganz geringes mehr als die Hälfte an die Aufsichtsratsmitglieder offiziell ausgeschüttete Lantime.

Bergmann Elektr. Werke	1924	1925	1926
(in Millionen Mark)			
Reingewinn . . . . .	2,27	2,60	3,16
Dividende . . . . .	5 Proz.	6 Proz.	8 Proz.
Maschinenwert . . . . .	2,75	2,50	2,25
Steuern . . . . .	2,37	2,75	2,32

Bei den Bergmann-Elektrizitätswerken ist in den Bilanzen die an den Aufsichtsrat gezahlte Lantime nicht mitgeteilt worden. Sicher ergibt sich auch hier kein anderes Bild für das Verhältnis der Lohnerhöhung zum „Verdienst“ der Aufsichtsräte. Aber auch Bergmann hat bis Ende 1926, und das in den schwierigen Umstellungsjahren, seine Dividende von 5 auf 8 Proz. erhöht, dem Maschinenwert, trotz erheblicher Vergrößerung der Maschinenbestände, von 2,75 auf 2,25 Millionen abgeschrieben. Die Steuerleistung ging von 2,37 auf 2,32 Millionen Mark zurück. Die C. Lorenz-A.-G. hat im Jahre 1925 8 Proz., im schlechteren Jahre 1926 6 Proz. verteilt. Das Jahr 1927 brachte eine solche Beschäftigung und bringt sicher wieder eine erhöhte Dividende. Nach den Erfahrungen im Siemens-Konzern und bei der A.G. sind auch für die übrigen Gesellschaften bedeutend erhöhte Gewinne zu erwarten.

So handelt der Verband Berliner Metallindustrieller verantwortungslos, und er spielt mit dem arbeitenden Volk von Berlin ein übermütiges Spiel. Wenn irgendetwas ernsthaft geprüft wird, ob Lohnerhöhungen volkswirtschaftlich zweckmäßig und tragbar sind, dann bei den Gewerkschaften. Das haben die Jahre der Rationalisierung bewiesen. Darauf es dem Verband der Berliner Metallindustriellen und seinen Leitern aber ankommt, das ist die rücksichtslose Konkurrenzumjüngung gegen ihre Arbeiter, eine Kapitalbildung, die alle Werkserweiterungen aus Gewinnen bezahlen will, statt aus Anleihen, und vor allem das Ziel, durch die Verhinderung von Tarifverträgen bei den Berliner Metallarbeitern die gewerkschaftliche Organisation zu schädigen und nach Kräften zu zersplittern. Einem derartigen Verhalten gebührt keine Sympathie, und es wird sich zeigen, daß die öffentliche Meinung in Deutschland sich gegen den Verband Berliner Metallindustrieller wenden muß, weil er volkswirtschaftliche Gesamtinteressen in übermütiger und verantwortungsloser Weise bewußt schädigt.

die Politik von Herrn Schacht und seiner Beratungsjelle in aller Öffentlichkeit Protest zu erheben.

Schon einmal hat Herr Schacht mit falschen Zahlen über die Verschuldung der deutschen Städte den deutschen Kredit im Ausland gefährdet. Es würde uns nicht wundern, — es geschähe den immer nur gehorjam kuschenden deutschen Privatbankern aber auch nur recht — wenn demnächst auch das Ansehen der deutschen Privatbanken im Ausland infolge ihrer Befügigkeit ernsthaft leiden würde.

## Ein Gegenstück: wir gratulieren, Herr Schacht!

Die Gelsenkirchener Bergwerks A.-G. hat in New York eine Anleihe über 15 Millionen Dollar (63 Millionen Mark) zum Ausbau der Zeche „Monopol“ ansgütig abgeschlossen; Zinssatz 6 Proz., Ausgabekurs 97 Proz. Wir stellen die Bedingungen in der öffentlichen Karlsruher und der privaten Ruhrbrunnen einander gegenüber:

Stadt Karlsruhe . . . . .	Zinssatz 8 Proz.	Kurs 96 1/2 Proz.
Ges. Bergw. Ag. . . . .	6 „	97 „

Herr Dr. Schacht, wir gratulieren! Sie haben geschafft, worüber sich seinezeit in Weuna die Industrieherrn beschwerten. Der öffentliche Auslandskredit ist jetzt nicht mehr billiger, sondern teurer als der private. Nur so weiter!

Die Hege gegen die Preußenkasse hört nicht auf. Im Preussischen Landtag war die Behauptung eines deutschnationalen Abgeordneten zu beanstanden, die Preussische Zentralgenossenschaftsliste habe Zwangsmassnahmen gefordert gegenüber Landwirten, die ihre Kredite nicht an die Genossenschaft zurückzahlen können. Aus der Antwort des preussischen Finanzministers ergibt sich, daß auch das wieder ein Landbundschwindel war. Die Preußenkasse hat derartige Zwangsmassnahmen nicht verlangt. Im Gegenteil sei sie bemüht gewesen, der Landwirtschaft in den Notstandsgebieten alle nur möglichen Erleichterungen zu gewähren. Auf der anderen Seite seien praktisch in den Fällen, in denen Landwirte zahlen können, aber aus schlechtem Willen nicht zahlen wollen, Zwangsmassnahmen nicht zu vermeiden. Ihre Durchführung erfolge aber ohne Einwirkung der Preußenkasse, da die Kreditgenossenschaften, deren Mitglieder für Ausfälle haften, das Risiko für die Rückzahlung von Verpflichtungen zu tragen hätten. — Die Feststellung, daß vielfach gezahlt werden kann, daß man aber nicht zahlen will, beweist, daß die Landbundshege immerhin einen Erfolg gehabt hat.





Parteinachrichten für Groß-Berlin

- 1. Kreis Wedding, Mittwoch, 7. März, 19 1/2 Uhr, im Lokal Franz Müller, Uferstr. 12...

Heute, Dienstag, 6. März:

- 89. Wkt. Schöneberg, 20 Uhr bei Oßlich, Wegscheit 1, Funktionärstreffen...

Morgen, Mittwoch, 7. März:

- 11. Wkt. 19 1/2 Uhr bei Berger, Zerkowstr. 21, Funktionärstreffen...

Frauenveranstaltungen:

- 11. Kreis Schöneberg, Dienstag, 6. März, 19 1/2 Uhr, Fortsetzung des Kurses...

- 84. Wkt. Reinickn. Alle interessierten Genossinnen treffen sich heute...

Bezirksausschuß für Arbeiterwohlfahrt.

- 4. Kreis Prenzlauer Berg, Mittwoch, 7. März, Beschlußung des Städtischen...

Bildungsausschuß der S. P. D. Groß-Berlin

4. Kreis Prenzlauer Berg, Sonntag, den 11. März 1925, 19 1/2 Uhr im Schweizergarten am Friedrichshain: "Wanderratten-Abend"

- 5. Kreis Friedrichshain, Dienstag, 6. März, 19 1/2 Uhr, in den Communis-

Jungsozialisten.

Gruppe Hakenberg, heute, Dienstag, 20 Uhr, in der Bibliothek Reichel-

Kinderfreunde Groß-Berlin.

Kreis Tempelhof, Mittwoch, 7. März, 16 Uhr, Volkshaus der Ruten Gassen...

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

26. Wkt. Am Mittwoch, 7. März, um 14 Uhr, findet die Einäscherung...

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin, Einladungen für diese Rubrik nur an das Jugendsekretariat...

Mitgliederversammlungen heute Dienstag, 6. März, 19 1/2 Uhr: Kellying 12...

Stroße 7. - Reinickn IV: Jugendheim Schierkestr. 44. - Reinickn VI: Jugend-

Wörter Platz Jugendheim Rottmannallee, "Aberpflege - Wohlfahrt."

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner "Schwarz-Rot-Gold", Geschäftsstelle: Berlin S. 14, Seckauerstr. 37/38, Hof 2 2r.

Reichsbund der Kriegseingesetzten, Bezirk 2, Raabstr. Dienstag, 6. März, 20 Uhr...

Reichsbund der Freunde von Religion und Völkerverständnis, Quartier Meier...

Reichsbund der Kreisbeschäftigten, Kriegsteilnehmer und Kriegseingesetzten...

Reichsbund der Arbeiter, Bezirksrat, Zusammenkunft Dienstag, 6. März, 20 Uhr...

Für eine zweifelhafte Genährung sind die Nährmittel ebenso notwendig wie die Nährstoffe selbst...

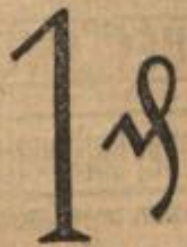
Moslem 3,4!

Warum?

Laut Verfügung des Reichsfinanzministers dürfen wir für 1000 3 Pfennig-Cigaretten nur 1000 g Tabak verarbeiten.

Die geringe Preiserhöhung erlaubt uns aber, die Qualität weiter zu verbessern und die Verpackung fester zu gestalten...

Preiserhöhung = 50% Gegenleistungs-Erhöhung





# Elektrowerke Aktiengesellschaft zu Berlin

Bilanz am 31. Dezember 1927

Aktiva		RM	Pl.	RM	Pl.
Grundbesitz				2 574 273	44
Gruben				14 430 576	17
Kraftwerke				87 599 574	96
Fernleitg., Schalt- u. Umspannwerke				14 834 548	52
Im Bau befindliche Neuanlagen				9 819 066	88
Inventar und Fahrzeuge		63 448	32		
Abschreibungen		63 447	32		
Kasse				16 401	27
Effekten und Beteiligungen				13 926 237	70
Vorräte				482 773	19
Debitoren					
Bankguthaben	3 266 999		83		
Forderungen an befreundete Gesellschaften	7 543 481		43		
Verschiedene	4 635 255		60	15 445 736	86
Kautionen und Bürgschaften	4 330 694		02		
				159 129 139	99
Passiva		RM	Pl.	RM	Pl.
Aktienkapital				60 000 000	
Reservfonds				10 000 000	
Erneuerungskonto					
Bilanz am 31. 12. 1926	35 973 208		59		
Abgang 1927	1 448 707		36		
	34 524 502		23		
Zuweisung 1927	6 200 000			40 724 502	23
Rücklage für soziale Zwecke					
Bilanz am 31. 12. 1926	1 243 250		03		
Abgang 1927	97 624		35		
	1 145 625		68		
Zuweisung 1927	104 374		32	1 250 000	
Rücklage für Selbstversicherung					
Bilanz am 31. 12. 1926	1 000 000				
Abgang 1927	79 284		78		
	920 715		22		
Zuweisung 1927	79 284		78	1 000 000	
Amerikanische Anleihe 6 1/2 %				31 500 000	
Kreditoren				9 500 050	53
Gewinn				5 154 587	23
Kautionen und Bürgschaften	4 330 694		02		

## Gewinn- u. Verlust-Rechnung vom 1. Jan. bis 31. Dez. 1927

Soll		RM	Pl.	RM	Pl.
Allgemeine Unkosten				2 319 478	58
Zinsen					
Anleihezinsen	2 054 203		15		
Sonstige	45 666		68	2 099 869	83
Abschreibungen					
Inventar und Fahrzeuge	63 447		32		
Disagio amerikanische Anleihe	1 000 000			1 063 447	32
Zuweisung für Erneuerungskonto				6 200 000	
Rücklage für soziale Zwecke				104 374	32
Rücklage für Selbstversicherung				79 284	78
Reingewinn				5 154 587	23
				17 021 042	06
Haben		RM	Pl.	RM	Pl.
Gewinn-Vortrag aus 1926				187 029	47
Betriebsüberschub				14 914 090	42
Zinsen				1 919 922	17
				17 021 042	06

Berlin, im Februar 1928.

Der Vorstand.

**Wäsche-Verleih**  
E. Donath, Schwedter Str. 13  
Humboldt 9838 / Vinceta 2015  
empfiehlt sich zur Lieferung von  
**Leihhandtüchern**  
für Bureau, Fabriken, Geschäfte und Privat.  
Gleichzeitig übernehme ich das Waschen und  
Ausbessern von Montageanzügen, Kitteln usw.

**Kraftwagen,**  
zirka 1 To., als Lohnfuhrwerk gesucht. Angebote unter  
P. 7 an die Hauptexpedition des „Vorwärts“ zu richten.  
Fordern Sie sich in den Geschäften ausdrücklich  
den durch feinsten Geschmack ausgezeichneten  
**Kapitän-Kantabak** Stück 15 Pl.  
**Kapitän-Kopenhagener** Stück 20 Pl.  
Cari Röcker, Berlin NO, Lichtenberger Str. 22 (Kgst. 3561)

**Esst Fisch**  
Vom blauen  
Fisch  
aus  
Lissabon  
aus  
Lissabon  
aus  
Lissabon



**Theater**  
**Lidifpicie**  
etw.  
Deutsches Theater  
Norden 12.310  
Abonementabgr.:  
Norden 10.338-39,  
U., Ende nach 10  
Zwölftausend  
**Kammerspiele**  
Norden 12.310  
U., Ende nach 10  
Zum 50. Male:  
Finden Sie, daß  
Constance sich richtig  
verhält?  
**Die Komödie**  
Bismarck 2414/7516  
U., Ende nach 10  
**Marcel Fradelin**  
(Der Eunoich)  
**Berliner Theater**  
Direktion Kuhnert  
Zentralstr. 50-51, 50ab. 170  
U., Ende nach 10  
**Max Adalbert**  
als  
Der Herr von ...  
**Piscatorbühne**  
Theater am  
Nollendorfplatz  
Kurtürst. 2091/93  
Ant. 8, Ende geg. 11  
Morgen:  
Mittwoch, d. 7. März  
90, Aufführung  
**Die Abenteuer des  
braven Soldaten  
Schwejk**  
mit Max Pallenberg  
i. ec. Erwin Piscator  
Gastspiel im  
**Lossing-Theater**  
Norden 1279  
Täglich 8 Uhr  
**„Sindende  
Gaisenvögel“**  
von Upton Sinclair  
**Residenz-Theater**  
Tägl. 8 Uhr  
**Schule der Liebe**  
Schwank in 3 Akten.  
Für Jugendl. verb.  
Für Punkfreunde  
halbe Preise!

Dienstag, 6. 3. 27  
**Staats-Oper**  
Am Pl. d. Republi  
8 Uhr  
**Fidelio**  
Musik. Schauspiel.  
im Saal des  
8 Uhr  
**Der Kaufmann  
von Venedig**

Dienstag, 6. 3. 27  
**Städtische Oper**  
Bismarckstr.  
11. - 12. 11. Ant. 8  
**Rheingold**  
Staatl. Schillerth.  
Charlottenburg  
8 Uhr  
**Amphitryon**

**Volksbühne**  
Theater am Blüchplatz | Th. am Schiffbauerdamm  
8 Uhr  
**Hinkemann** | **Schieber  
des Ruhms**

Grosses Schauspielhaus  
Anfang 8 Uhr Ende 11 Uhr  
REGIE:  
**CHARELL**  
**DOMPADOUR  
MASSARY**  
Sonntag um 3 Uhr halbe Preise

**8 UHR SCALA**  
Nollendorf 7050  
**Enrico**  
**Rastelli**  
und weitere internationale  
Variete-Attraktionen.

**Winter  
Garten**  
OTTO REUTER  
und das  
gr. Programm

**Schwechten-Saal**  
Berlin W. 35, Lützowstr. 76  
Wegen des großen Erfolges  
Wiederholung!  
Am 6. März nur um 17 Uhr  
Vom 7. b. inkl. 13. März tgl. 19 u. 21 Uhr  
(Sonntg., 11. März um 17, 19 u. 21 Uhr)  
**Filmvortrag**  
**Canada**  
das Land der eigenen Scholle  
**Alaska**  
Ueberfahrt auf einem Dampfer des  
Norddeutsch-Lloyd Bremen  
Der bekannte Vortragsredner  
**Kapitän Gottfried Speckmann - Berlin**  
Der neue große Reisefilm von  
Oberingenieur Dreyer  
zeigt nicht nur die wirtschaftl.  
Bedeutung, sondern auch die  
Schönheiten und Reize, sowie  
einige seltene Naturwunder  
des unbekanntenen Canada  
Hersteller: Döring-Film-Werke Hannover in  
Gemeinschaft mit dem Nordd. Lloyd Bremen  
Preise Mk. 1.—, Mk. 1.50, Mk. 2.—  
Vorverkauf: Theaterkasse A. Werthelm, Bote  
u. Bock, Leipziger Straße und Tauentzienstr.  
Jugendliche haben Zutritt. Schüler halbe Preise  
Näheres siehe auch Plakate

**Walhalla-Th.**  
Weinbergsweg 19/20  
Täglich 8 1/2 Uhr  
Das  
**Abstelgequartier**  
Schwank in 3 Akten  
Jugendliche haben Zutritt!  
Vorzeiger dieses  
zahlen für Parkett  
auch Sonntags statt  
1.— Mk nur 60 Pf.

Uraufführung  
Th. Königerstr. 54.  
Bergm. 2110.  
8 1/2 Uhr  
**Flucht**  
von John Galsworthy  
1917  
Führ. Fichtelberg  
Komödienhaus  
Norden 6304  
8.15-10.40 Uhr  
**Hokuspokus**  
von Curt Götz

**Kleines Theater**  
Täglich 8 1/2 Uhr  
**Erika Gläzner in  
Gretchen**  
Für Jugendliche  
nicht geeignet  
**Lustspielhaus**  
8 1/2 Uhr  
Guido Thielscher  
„Unter  
Geschäftsaufsicht“

**Theater d. Lützowstr.**  
Tel. Kurt. 9209-10.  
**Eröffnungsvorstellung**  
Freitag, 9. März, 9 1/2  
**Beneil contra  
Aschenbrödel**  
12 Bilder mit Jazz-  
musik

**Theater des Westens**  
Täglich 8 1/2 Uhr  
**Münchhausens  
letzte Liebe**  
Lichtenbergstr. 5. Ant.  
Schumann. 510

**Planetarium am Zoo**  
Für alle, auch kleine Kinder  
Noll. 1578  
10, 18, 19 1/2, 21 Uhr  
Sternhemel und  
Kalender  
Eintritt 1 M.  
Kinder von 15 Jahren 1/2 M.

**Rose-Theater**  
Gr. Frankl.-Str. 132.  
8 1/2 Uhr  
**Der Flieger**  
**CIRKUS  
BASSCH**  
Tägl. 7 1/2 Uhr  
Mange-  
Wasser-Schaust.  
Die Hosen des  
Herrn v. Bredow  
Lust. Wasserbild  
u. gr. Fechtturnier  
Vorher: C ruis-  
sensationen!

**Metropol-Th.**  
Zentrum 128 24  
8 1/2 Uhr  
**Der Graf von  
Luxemburg**  
Lepke, Hahn, Landrock,  
Watzor, Eppich, Arter, Schmidt,  
Kell, Pätzig

**Philharmonie**  
Uhr  
**SINFONIE-KONZERT**  
des Philharm. Orchs.  
Dir. Prof. J. Przewer  
Poème für Viol.-  
Gaiusson (Holst)  
Stef. pathétique  
Tschalkowsky

**Th. im Admiralspalast**  
Tägl. 8 1/2 Uhr  
**HALLER-  
REVUE**  
„Wann und wo“  
Letzter Monat  
chluss der Spiel-  
zeit 25. März

**Onkel Toms  
Hütte**  
Jeder hat in seiner Jugend die  
erschütternden Anklagen gegen  
die Sklaverei in dem weltbe-  
kannnten Buch von Stowe gelesen,  
jeder ist aufgerührt worden von  
der Schilderung der Leiden, denen  
die Neger in den Baumwoll-  
plantagen Amerikas ausgesetzt  
waren. All diese Erinnerungen und  
Erlebnisse werden jetzt in dem  
grandiosen Filmwerk „Ereignis.“  
Auch Jugendliche haben Zutritt.  
Wochentags 7 9 15  
Sonntag 5 7 9 15  
**Ufa-Palast  
am Zoo**  
Vorverkauf bei A. Werthelm u. ab 12 Uhr im Ufa-Palast (Nollid. 62.1367)

**CASINO-THEATER** 8 Uhr  
Lothringer Str. 37.  
**Die spanische Fliege.**  
Ab 7. März: **Doktor Klaus.**  
Gutschein: Faust. 1.10, Sess. 1.60 M.  
Schauspielhaus  
115. Künstler-11.  
8 Uhr  
**„Evelyne“**  
**Thalia-Theater**  
Dresdnerstr. 72-73  
8 U.: Das Kamel geht  
durch das Nadelöhr  
**Theater am Kottbuser Tor**  
Kottbuser Straße 6. Tel. Mpl. 16077  
Täglich 8 Uhr  
Sonntag, nachmittags 3 Uhr:  
**Elite-Sänger**  
im März-Spielplan d. gr. Schlager  
„Oh diese Schwiegermutter“  
Volksstück in 1 Akt.  
Ferner: Schorsch Russell, der Meister  
der Komik in „Frühlingsszauber“

**Reichshallen-Theater**  
8 Uhr, Sonntag, nachm. 3 U.  
**Stettiner Sänge**  
„Kotes“ ockenend.  
nachm. ermäss. Preise  
**Jönhoff-Brettli:**  
Variete - Kabarett  
Tanz.  
**NEUE WELT**  
Arnold Spudis, Hauptstadtstr. 19.  
**Großes Bockbierfest!**  
in den bayr. Alpen  
und  
Prämierung der schönsten  
(Damen) Becken von Berlin.  
3 Geldpreise 75, 50, 25 RM.  
Außerdem große Schweinebraterei  
auf dem Riesenbühnen

**Größte Produktion der Welt!**  
**OPEL**





## Sturmfahrt.

Von Otto Larsen.

Der steinerne Klipps Gibraltar, der wichtig in der Meerenge lag, war hinter der Klüftung weggefallen. Der ausgefranste Rand des Atlasgebirges bot einen kläglichen Anblick nach dem vollrunden Berg, der behaglich ausgelesen hatte, dessen graue Haut aber mit Kanonen besetzt war. Kein fremdes Schiff konnte die schmale Einfahrt passieren. Zehn Jahre Krieg lagen hinter uns, doch durften wir nicht auf den grünen Feldern spazieren, die den Berg umlagerten. Die Aussicht durch den Kieker bot nur mäßigen Erfolg. Wir traten seit New York die Planen; unser Blut wurde durch die warme Februarsonne in heftige Bewegung gebracht.

Das war nun vorbei. Im Logis kamen die Gespräche Port Said näher. Die Genüsse, breit vor uns aufgetischt von alten Indienstfahrern, verpufften den Himmel auf Erden in dieser liebesgelegneten Stadt. Wenn wir auch von Madeira von früheren Fahrten her wußten, daß die Liebe das Gebrechen im Hinterhalt hielt; wir waren guten Mutes und taten die Bordsarbeit voll Besang und Freude.

Der Wind, der uns von Afrika anwehte, hielt das Blut wach, daß wir voll Sehnsucht den Hasen suchten, der noch einen Tag und eine Nacht voraus lag.

Als die Ronde, auf der Höhe von Kigier war es, um den Tisch herumging, der das Logis ausfüllte, mußten die Bilder der mehr als nackten Frauen, die wir von den Bootsführern im Hafen von Funchal gekauft hatten, von den Rosenwänden verschwinden. Es ging gütig dabei zu. Sie wußten, wie es um uns stand. Vielleicht hatten die Herren das Brausen des Blutes ebenso in sich.

Dann aber fiel die Stimmung im Gleichmaß mit dem Barometer. Der Wind drückte den Schiffsrumpf über, daß man von Luu nach Lee bergauf laufen mußte. Die Luft preßte die Gehirnschale, daß alles Denken leerfiel, und der rote Faden, der nach Port Said führen sollte, zerriß. Die Meerestiere langten und geigten auf den Wanten und Halbtouen eine unheimliche Melodie dazu.

Einmal blühten die Sonne uns am nächsten Morgen durch einen schmalen Spalt an. Sie mußte aber auf der anderen Seite der Erdkugel schon Trauriges gesehen haben. Das Bild schloß sich gleich wieder. Sie zog sich eine fast schwarze Decke über und legte sich schlafen. Die Meerestiere freischten vor Vergnügen und warfen einen Sprühregen über das ganze Borschiff.

Das Barometer sah sich in der schmalen Röhre nicht mehr wohlzufühlen. Wir fuhren nachmittags mit allen Lichtern und zogen immer neue Strecktaue, um über Deck kommen zu können. Der Steuenbohrer sah in den Himmel, um gleich darauf bis über den Decksaufbau unterzutauchen. Dann wieder kam ein Wasserberg angerollt, der seinen weißen Speer in die Luftstange bohrte, daß die „Smyna“ einen richtigen Sprung zur Seite machte. Das hochgeflächter in den Lauen überlief das Krachen und Brechen des Langbootes, das nach diesem türkischen Angriff nur noch im Dollbord hing. Die Waage, die das treibende Holz bergen sollte, stand, mit Rettungsgürteln umgürtet, unter der Treppe zum Bootsdeck. Von den Brechern bis zum Holz begraben. Zwei Matrosen, die die Waage nicht schnell genug erreicht hatten, gingen wogerecht an den Straktauern. Als der Bootsmann für kurze Zeit eine Hand frei hatte, ihnen zu helfen, war es zu spät. Sie hatten schon zuviel Salzwasser geschluckt. Man mußte die Leute zurückrufen.

Der Zimmermann stieß der „Smyna“ eine Eisenstange in den Bauch. Hier fuhr Wasser im vorderen Laderaum. Die Freiwache ging nach unten. Eine Viertelstunde später war das Deck gefunden und gestopft. Der Kabautermann hatte aber aufgepaßt. Die Sodafässer rollten bei einem riesigen Ueberholer gegen die Bordwand und brüllten zwei Mann an die Spanten. Das Gewicht der großen Fässer war zuviel gewesen. Sie rührten für die Ewigkeit aus bei den Ertrunkenen, die im Mitteldeck aufgebahrt lagen.

An Deck sah es aus, als sollte das Schiff im schwindenden Zustand abgewrackt werden. Holzteile von den Booten und Kellingsteile vom Borschiff rammten mit mächtigen Stößen den Takt zu der Orkansymphonie. Das Schiff stöhnte unter den mächtigen Stößen wie ein wundes Tier. Die Wassermassen loderten die Rieten und die Lutenhölzer. Der Zimmermann konnte, als er die Lutenhölzer anziehen wollte, nicht einmal in Lee arbeiten.

Die Wolken rosten über die Toppen hin. Die Finsternis war mit einem dreieigen Gelb getüncht, das die Toplichter fraß. Auf der Brücke waren die Scheiben eingedrückt worden. In kurzen Abständen wurden Kapitän und Steuermann immer wieder von dem Blick begraben.

Eine kurze Erholungspause. Einen Atemzug lang. Dann rollte wieder einer der glasklaren grünen Berge heran, der den Dampfer auf die Seite legte und ihn, solange die Atempause gedauert hatte, unter sich begrub. Ein dampfer Krach kam aus der Tiefe der Bordbordovertiefe. Der Dampfer lag wie ein verwundeter Wal und — blieb liegen.

Die Fässer hatten sich gelockert und ließen die „Smyna“ nicht mehr aufstehen. Das Kammen der zu oberst liegenden Fässer schlug einen graußigen Takt zu dem Schlingern und zu dem Schlagen der Wasserberge gegen die hohe Backbordseite.

Die Freiwache ging nicht zur Ruhe. Noch ein Uebergehen der Ladung in der zweiten Luke, und die „Smyna“ gehörte dem Kabautermann.

Wir drehten gegen den Wind. Da hing der Kahn an zu stampfen, daß wir den Bruch der Steuerwelle befürchten mußten. Mit einem rasselnden Klack saugte die Schraube in das Geheul des Sturmes hinein, wenn die „Smyna“ fast Kopf stand und sie kein Wasser unter sich hatte.

Im Heizraum mußte ein Feuer gelöscht werden, da die Steuerbordfeuerwerke bei der Schlagseite zu hoch lagen. Mit halber Kraft dampften wir gegen den Orkan an. Nur noch mit halber Kraft versuchten wir die an Deck schwimmenden Bootsteile zu bergen.

Sechshundzwanzig Stunden hatten wir mit dem Orkan gekämpft. Dann wurde es heller. Die Wolken teilten sich in kleine Regen, und in der letzten Stunde vor Sonnenuntergang war die See glatt wie ein Binnenmeer.

Als wir am nächsten Tag in Port Said vor Anker gingen, verschiebten wir alle Mann auf den Bandgang. Wir schliefen drei Wochen durch. (Zwölf Stunden.) Alle auf Backbordseite.

Als nach zwei Tagen die „Smyna“ gerade gestimmt lag, fehlten wir die Flöße auf Halbmaße. Die vier toten Kameraden traten die Heimreise an.

Gott grüß die christliche Seefahrt!

## Faule Kinder?

Von Dr. R. Weigel.

„Herr Feigig hat die Stunde, Herr tausend hat der Tag, Sünden, merke dir die Stunde, was man alles lehren mag!“ (Goethe seinem Enkel Walter ins Stammbuch.)

Der 13jährige Fritz hatte heute seinen Pechtag! Schon früh zankte die Mutter, weil er trödelte und beinahe zu spät in die Schule kam, und mittags brachte ein Brief des Lehrers Klagen wegen wiederholter Faulheit. Die Mutter war außer sich, und ihre Erregung jütete noch nach, als sie nachmittags Bekannte und Freunde empfing, die einer Einladung in ihr Haus gefolgt waren. „Des das Herz voll ist, des geht der Mund über“ — sie mußte sich ausdrücken und suchte Rat und Hilfe! Wie oft bei häuslichen Erziehungsfragen, war man sich auch in diesem Falle nicht einig, bis die Großmutter des Jungen darauf hinwies, daß Faulheit fast bei jedem Kinde andere Ursachen habe und man sich bei keinem Kindesfehler so vor Verallgemeinerung hüten müsse, wie bei diesem. Die Anwesenden, die Fritz gut kannten, suchten daher den Wurzeln seiner Faulheit auf die Spur zu kommen und äußerten sich über so manches, was sie an ihm beobachtet hatten. Wir fiel auf, daß beiden Eltern vieles davon ganz neu war, und daß das, was sie selbst über den Charakter ihres Jungen beitrugen, von recht oberflächlicher Kenntnis ihres Kindes zeugte. Wenn ich mir ferner vergegenwärtigte, wie wenig gemeinschaftliches Erleben Eltern und Sohn verband, wie beide Eltern durch Beruf und Liebhabereien, Kummer und Gesellschaft tagsüber und abends gebunden waren, wie der Junge von klein auf oft den Dienstmädchen überlassen worden war, so war mir klar, daß hier der Rangel an Führung und Leitung des heranwachsenden Menschenkindes die Hauptursache an seiner Faulheit lag. Dem Schiffsleutnant fehlte der Steuermann, der es durch den Alltag hindurchsteuerte und dessen erziehende, richtunggebende Einwirkung ihm Pflichterfüllung und Arbeit zum unverlierbaren Bewußtseinsinhalt gemacht hätte. Man vergegenwärtige sich nur einmal im einzelnen, wie schnell auch ein arbeitsfreudiges Kind „faul“ werden kann, wenn das sorgende Auge der Eltern fehlt!

Gibt es z. B. zu spät ins Bett oder nimmt es gar an Abendsesslichkeiten der Erwachsenen teil, so sind aufregende Träume die Folge, und das Kind wird für den folgenden Tag genau so leistungsunfähig, wie wenn es bis in die späten Abendstunden arbeitet und die Eltern nicht darauf sehen, daß es die Schulaufgaben zur Zeit beginnt. Bekommt es abends zu spät zu essen, so beeinflusst dies den Schlaf ebenfalls ungünstig, und dieser bringt keine Erfrischung. Ueberhaupt sind Ernährungstörungen sowie Ueberfütterung und die damit verbundene körperliche Schwerefülligkeit und Bequemlichkeit recht oft die Ursache der Faulheit.

Ich hatte dieses kleine Erlebnis schon fast vergessen, als mich etwa ein Jahr später der Zufall mehrmals in eine andere Familie führte, die vier Kinder von 17 bis 5 Jahren ihr eigen nannte. Welch erfrischendes Leben in diesem Kreise! Besonders freute ich mich über das jüngste der Kinder, das mit einem Eifer und einer Anstelligkeit zur Hand ging, wie ich sie noch nie beobachtet hatte. „Ja, sehen Sie,“ sagte die Mutter, „mir ist auch erst die Erkenntnis aufgegangen, daß gerade im ersten Kindesalter viel Freude an nützlichem Tun da ist, und daß es Sache des Erziehers ist, diese nicht zu ersticken. Ich bestreite, daß ein gesundes Kind einen Hang zum Nichtstun hat. Als unser Kleinstes klein war, habe ich es freilich auch falsch gemacht. Wollte er mir im Haushalt helfen, so wurde ich ungeduldig, weil es mir zu langsam ging, oder ich verdrößte ihn, weil ich Sorge hatte, er könnte es falsch machen oder etwas zerbrechen. Seine Spielsachen hielt ich selbst in Ordnung; ich gängelte ihn und

traute ihm nichts zu, bis ich eines Morgens erkrankte und der Haushalt in wenigen Stunden ins Stocken zu geraten drohte. Da sah ich erst, was so ein Kind vermag, wenn man es selbständig handeln läßt. Er zog die kleinen Geschwister an, ordnete das Zimmer, bereitete für alle das Frühstück und arbeitete mit einer Sicherheit, die ich dem kleinen Irrwisch nie zugehört hätte. Seitdem fördere ich die Freude an nützlichem Tun bei unseren Kindern, wenn auch mal was zerbrochen wird oder eine Unannehmlichkeit in Kauf genommen werden muß.“ Mir leuchtete dieser Erziehungsweg ein, und nur eins schien mir in Frage gestellt: das Spiel des Kindes.

„Sie nehmen doch aber ihrem Kinde das Beste, wenn Sie es beständig vom Spiel zur Arbeit holen und ihm dadurch die Möglichkeit rauben, seiner ureigenen Gedanken- und Vorstellungswelt Gestalt und Form zu geben!“ Auch darüber beruhigte mich die Mutter. „Unsere Kinder wissen, daß wir ihnen ihr Spiel ermöglichen, so oft es nur irgend geht, und wenn das Kind weiß, daß das Spiel als Belohnung nach der Arbeit winkt, daß eine feste Tageseinteilung, wie wir sie haben, ihm das Recht auf das Spiel wahrt, so wird auch die Arbeit gern und frisch angefaßt, selbst so mancher Schulfleiß wie Botabeln, denen doch jedes Kind an sich gleichgültig gegenübersteht. Natürlich gibt es auch Tage, in denen besondere Verpflichtungen oder Vorkommnisse dem größeren Kinde seine Spielfreude rauben; da hilft es nichts, es muß dann einmal verzichten, genau wie man im Leben seine Liebhabereien oder sein besonderes Interesse der harten Notwendigkeit opfern muß. Ich halte es in solchen Fällen mit dem Wort Rabichs: „Das Leben ist hart, darum sollt ihr die Kinder nicht weich machen.“

Wir kamen dann nochmals auf den jetzt 17jährigen Vetterlein zu sprechen, der sich in seiner Laufbahn als Elektrotechniker sehr wohl fühlte und die besten Leistungen aufwies. Die Eltern hatten ihn ursprünglich das Gymnasium besuchen lassen, wo er aber nicht recht fortkam und die Klagen über Faulheit sich mehrteten. Kurz entschlossen hatten sie allen Träumen, denen sie sich hinsichtlich der Zukunft ihres Kindes hingegeben hatten, und allem falschen Ehrgeiz und mit der Erkenntnis, daß sie ihr Kind in unrichtige Bahnen geleitet hatten, den Mut gefunden, es einem Berufe zuzuführen, der seiner Reigung entsprach.

Gerade in jener Familie wurde mir klar, wie ausschlaggebend das Vorbild der Eltern ist, jenes „Etwas, das in ihren Taten, wo die Seele sich bildet, von Minute zu Minute seine Wirkung übt“ (Theodor Fontane über seine Kinderjahre). Es bedarf kaum eines Wortes: wo der Vater auf die Arbeit schimpft und die Mutter mürrisch ihre Handierungen verrichtet, da werden die Kinder faul und nachlässig, wo aber Pflichterfüllung als selbstverständlich gilt, wo die Kinder sehen, daß die Eltern ihre eigenen Bequemlichkeiten hintanzusetzen wissen — da gehen auch die Kinder ganz selbst ihren Arbeitsweg!

Die Verschärfung des Daseinskampfes macht es heute dem Haupte wie der Schule zur Pflicht, dem faulen Kinde besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden, damit es nicht einst im Leben scheitert. Denn was nicht alles Schuttwissen, wenn der junge Mensch seine Arbeitskraft darstellt! Freilich sind der Erziehung Grenzen gezogen; es gibt gewisse „Faulpeise“, deren Trägheit aus angeborener Phlegmatik fließt. Haus und Schule können diese meist nur mildern, nie ganz beheben. Aber auch hier brauchen Eltern nicht zu verzweifeln; wenn alle Mittel der Erziehung versagen, kann immer noch der letzte große Erzieher helfen: das Leben selbst!

## Fabrikleben vor 2000 Jahren.

Einen einzigartigen Einblick in das Leben einer griechischen Siedlung auf ägyptischem Boden vor 2000 Jahren gewährt der große Papyrussfund, der in dem alten Philadelphia, einer Militärkolonie des Königs Ptolemaios Philadelphos in der nordöstlichen Ecke der südwestlich von Kairo gelegenen Oase, des Fayûm, gemacht worden ist. Die vielen hunderte von Urkunden, die alle dem 3. Jahrhundert vor Christus entstammen, gehörten alle dem Archiv eines einzigen Mannes an, eines gewissen Zenon, eines Untergebenen des königlichen Finanzministers Apolonius, in dessen Händen der Auf- und Ausbau von Philadelphia und seiner Feldmark lag. Auch die gut erhaltenen Ruinen des Ortes sind durch eine Grabung der Berliner Museen aufgenommen worden, und so vereinigen sich archaische und literarische Zeugnisse, um uns Leben und Treiben, Hoffnungen und Nöte der Menschen aus jener fernen Vergangenheit überaus nahe zu bringen. Einer der deutschen Ausgräber, Prof. Paul Biersa, hat nun diesen dankbaren Stoff in einem Leseband bei V. C. Hinrichs in Leipzig erschienenen Werk „Philadelphia. Die Gründung einer hellenistischen Militärkolonie in Ägypten“ dargestellt. Wir können hier an der Hand der Urkunden das Aufblühen des Ortes, die Bestellung des Landes, die Anlage der Fabriken verfolgen und erfahren vieles über das Verhältnis der griechischen Siedler zu den unterworfenen Ägyptern, über die rechtlichen, wirtschaftlichen und sozialen Zustände der Kolonie. Zenon suchte nicht nur die Landwirtschaft, sondern auch Handel und Gewerbe von Philadelphia zu fördern. Die großen Schafherden und Flachsfelder lieferten den nötigen Rohstoff für Webereien, in denen unter der Kontrolle des Staates, der auch den Verkauf regelte, Sklavinnen arbeiteten. In einer Urkunde bitten die Mitglieder einer Webereifamilie, zwei Brüder Apollonios und Demetrios, nebst Frau und Kind den Zenon um die Erlaubnis, sich in der Kolonie niederlassen zu dürfen. Sie verstehen sich, wie sie ihm schreiben, auf Mäntel, Röcke, Gürtel, Oberkleider, Degengehenze, Sacktücher oder Binden, ferner auf Spaltröcke für Frauen, Umhängelächer, lange Gewänder und Frauenkleider mit purpurnem Saum auf beiden Seiten. Auch erklären sie sich bereit, andere in die Lehre zu nehmen und in der Webkunst zu unterweisen; dafür verlangen sie, daß man ihnen eine Wohnung in Philadelphia beschaffe.

Lohnforderungen spielen schon damals eine wichtige Rolle. Wir hören auch vom Streik der Arbeiter. Wahrscheinlich sind es dieselben Weber, die in einem anderen Schriftstück ihre Ansprüche in sehr energischem Ton geltend machen: „Wir sind hierher gekommen, um Arbeit zu leisten. Damit wir aber auf unsere Kosten kommen, muß man uns für Wolken und Hechteln eines Pfundes Flach eine Drachme geben und als Belohnung für ein linnenes Gewand drei Kupferdrachmen, und das ist nicht einmal ausreichend, es haben

immer drei Leute mit einem Gewande zu tun und eine Frau, und sechs Tage dauert es, bis man das Gewand vom Webstuhl nehmen kann.“ In den Teppich- und Wolldeckenfabriken gab es betrügerische und heberische Leute, die die Wolldecken kleiner machten und sie noch feuchter auf die Boge legten, um über das Gewicht der Decken zu täuschen. Auch die Beschwerden über Ausspeisungen werden vorgebracht. Daß die Textilindustrie besonders ausgebreitet war, zeigt sich aus den Bedürfnissen der wohlhabenden Leute erklären. Es ist ein Verzeichnis von Kleidungsstücken erhalten, die Zenon auf erste seiner vielen Reisen mitnahm; da finden sich außer einem leinenen Umhang sechs Ober- und 11 Unterkleider, dann verschiedene Mäntel, Kopftücher, zwei Paar neue erdfarbene und weiße Strümpfe und zwei neue weiße Gürtel. Noch zahlreiche andere Arbeiter waren in Philadelphia tätig. Schuhmacher und Töpfer, Korbmacher und Tischler, Maurer und Maler, Steinmetzen und Zimmerleute, daneben viele Arbeiter in den Steinbrüchen beim Straßen- und Brückenbau. Besonders ausgebreitet war die Töpferei; bei den Lieferungen dieser Werkstätten handelt es sich häufig um viele hunderte von Krügen. Auch von diesen Arbeitern wird viel geklagt über schlechte Bezahlung und Mißhandlung, und so lernen wir durch die Papyri all die Nöte und Bedrängnisse der kleinen Leute vor 2000 Jahren kennen.

Ein Affe, der in einer Teelasse schläft. Die kleinsten Affen der Welt sind die südamerikanischen Seidenaffen, die man gegenwärtig in den Vereinigten Staaten vielfach als Schöpfung züchtet. Ein Händler in Hollywood, George C. Zweibel, der den Film mit exotischen Tieren verfertigt, besitzt einen fünfjährigen Zwergaffen, namens Buddy, der nur 160 Gramm wiegt und erklärte, daß dieses Tier der kleinste Affe der Welt sei. Aber wenn er glaubt, damit einen Rekord aufzustellen, so hat er sich getäuscht. Denn eine Londoner Dame, Frau A. O. Lower, besitzt ein Seidenaffenchen, namens Teeny, das nur wenig über 100 Gramm wiegt und kein Bett in einer Teelasse aufgeschlagen hat. Dieses Nilpferchen ist der kleinste Affe der Welt. So winzig es ist, so blickt es doch ernst und würdig drein, und seine behärrten, von dichtem Haarschopf umrahmten Züge stehen in seltsamem Gegensatz zu seiner Kleinheit. Teeny ist ein südamerikanischer Springaffe und entstammt einem Geschlecht, das von Südamerika bis Südbrasilien verbreitet ist. Diese sog. Marmosets sind reizende Geschöpfe mit sehr großen und leuchtenden Augen, haarlosem Gesicht, einer langen seidigen Mähne, die den Kopf umgibt, und sehr langem Schwanz. In ihren Bewegungen ähneln sie den Eichhörnchen, aber sie haben sehr viel längere und stärkere Hinterbeine als Vorderbeine. In kleinen Gruppen durchstreifen sie die südamerikanischen Urwälder, haufen auf Bäumen und leben von Insekten und Früchten. Von den meisten anderen Affenarten unterscheiden sie sich dadurch, daß die Weibchen zwei bis drei Jungen auf einmal das Leben schenken. Ihre Färbung besteht gewöhnlich in einem bräunlichen Gelb mit roten und schwarzen Flecken auf dem Rücken.



